



ANISH KAPOOR: DEATH OF LEVIATHAN, BERLIN 2013



Lagarde

Wagner. Rosenberg¹.

Hitler.

Schmitt.

Claß.

Kubitschek

Inhalt

1. Aufdecken und Widerstand leisten	3
2. Das Böckenförde-Diktum	5
3. Die Debatte um den „richtigen“ Sprachgebrauch	8
4. Der Einfluss staatstheoretischer Begriffe auf das politische Handeln	10
4.1. Der Sprachgebrauch der AfD	10
4.2. Von der Rhetorik zur Tat	11
5. Widerstand organisieren	16

* Julius Leber zum 75. Todestag am 5.1.2020

¹ Eine lesenswerte Einführung in den Werdegang eines völkischen Intellektuellen bietet Ernst Pieper, Alfred Rosenberg Hitlers Chefideologe, München 2015 und Rosenbergs Herausgabe der kommentierten Fassung des Programmes der NSDAP 1922, https://ia800503.us.archive.org/cors_get.php?path=/0/items/Rosenberg-Alfred-Wesen-Grundsaeetze-und-Ziel-der-NSDAP/RosenbergAlfred-WesenGrundsaeetzeUndZieleDerNsdap-DasProgrammDerBewegung193352S.ScanFraktur.pdf

1. Aufdecken und Widerstand leisten

Angesichts von rund 5,3 Millionen Wählern der völkischen AfD bei der letzten Bundestagswahl 2017 (12,6%) sind Aufklärung und Widerstand der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen in Lübeck und anderswo dringend geboten. Das ist die Lehre aus den Geschehnissen im Lübeck der 20er Jahre des 19. Jahrhunderts. Anfang des Jahrhunderts sind die politischen und kulturellen bürgerlichen Institutionen des Lübecker Staates nämlich nach und nach in die Hände der völkischen Nationalisten und Nationalen gelangt.²

Dieser Prozess entwickelte sich im Kaiserreich und in der Weimarer Republik offensichtlich unbemerkt und ganz legal nach den auch im späteren Freistaat Lübeck geltenden Gesetzen. Justiz, Polizei und Staatsverwaltung, d.h. die Organe der konstitutionellen Gewalt, wurden von Persönlichkeiten übernommen, die zunehmend unter dem Einfluß des Programmes des Alldeutschen Verbandes (AV) geraten sind. Das galt auch für die evangelische Kirche, die zwar - wie das der Staats- und Verfassungsrechtler Hermann Heller (1891-1933) ausdrückt - seit dem 19. Jahrhundert das Mittel der Kirchenzucht verloren hatte, aber deren moralisch-steuernde Kraft für ihr Publikum doch noch erheblich war. An die Stelle der Kirchenzucht traten mehr und mehr die maßgeblichen Organe der Bürgerlichen Presse vor Ort, in Lübeck der Generalanzeiger und die Lübeckischen Blätter, deren Ausrichtung ebenfalls unter die Fuchtel der Völkischen geriet: des Industriellen und Medienunternehmers Alfred Hugenberg und des völkischen Schriftleiters Paul Brockhaus. Auf die Führungskräfte der Unternehmen war ebensowenig Verlass. Ihre Verbände standen, wie das Hans-Ulrich Wehler für die Republik beschreibt,³ den Völkischen bzw. den Nationalsozialisten nahe.

Die faktische Machtübernahme der Völkischen erfolgte weit vor dem 30. Januar 1933. Historiker sehen den Schuss vor den Bug des Bürgertums in der Reichstagswahl vom 13. Januar 1912, in der die Sozialdemokraten mit 34,8% stärkste Fraktion im Reichstag wurden und 5,8% dazu gewinnen. Diese Tatsache löste die endgültige Sammlungsbewegung des Bürgertums nach Rechts aus.⁴ Für diesen Fall wird man an der Person des Lübecker Bürgermeisters Dr. Neumann, seinem Gang durch die Institutionen, dem beispielhaften - und dank Dr. Julius Leber (1891-1945)⁵, dem damaligen Vorsitzenden der Lübecker SPD, Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordneten und -aufhaltsamen - Aufstieg dieses Arturo Ui nicht vorbei kommen. Weit entfernt davon, Neumann zu dämonisieren, ist seine Persönlichkeit und Karriere gleichwohl ein vor der Lübecker Haustür liegendes gutes und schlechtes Beispiel für den Aufstieg einer autoritären Persönlichkeit, wie sie die Kritische Theorie abbildet,⁶ und deren Idealtypus den autoritären Staat repräsentiert.

² Siehe dazu Michael Bouteiller, Präfaschismus in Lübeck, <https://bouteiller.blog/wp-content/uploads/2022/06/pracc88faschismus-in-lucc88beck-220608.pdf>, abgerufen 17.6.2022

³ Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914-1949, Frankfurt 2008, S.293

⁴ Dirk Stegmann, Radikalisierung des Lübecker Bürgertums nach rechts, Alldeutscher Verband und Deutsche Vaterlandspartei 1912-1918, in: Demokratische Geschichte, Jahrbuch für Schleswig-Holstein, Band 24, Malente 2013, S. 39-62; s.auch Heinrich August Winkler, Die Einheitsfront von rechts, Zeit online, 25.2.1972.

⁵ 1891- 1945

⁶ Vgl. Artikel „Autoritärer Charakter“, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Autorit%C3%A4rer_Charakter, (17.6.2022)

Der Stichtag für den Machtwechsel hin zur präfaschistischen Umformation der Stadtrepublik fällt wahrscheinlich⁷ auf den Dienstantritt Dr. Neumanns als Vorsitzender im Senat und damit als Regierender Bürgermeister des Freistaats Lübeck mit Wirkung vom 1. Januar 1921.⁸ 12 lange politische Jahre hätte dann die Lübecker Stadtgesellschaft bis zum 30. Januar 1933 noch Zeit gehabt, den Präfaschismus abzuwenden. Ebenso lange wie die dann folgenden endlosen 12 Jahre der Barbarei andauerten, die alles bisher Dagewesene an geschichtlichen Errungenschaften Deutschlands zerstörten. Der Machtwechsel verlief nämlich nicht plötzlich und unerwartet, „blitzschnell,“ wie das Narrativ uns allzu gerne glauben lassen will, um uns moralisch zu entlasten, sondern langsam und stetig. Nach der verfassungsrechtlich legalen Machtübergabe von Staatspräsident Hindenburg an Adolf Hitler vollzog sich allerdings die Barbarei in der Tat „blitzschnell“. Der Präfaschismus wurde Anfang der 20er Jahre indes nicht rechtzeitig erkannt und/oder mit der hinreichenden Energie und Tatkraft abgewehrt.

Auch hier bildet Julius Leber ein spannendes Gegen-Beispiel der Lübecker Zeitgeschichte. Er stieg von Anfang an und ohne wenn und aber in die politische Arena. Er zögerte zu keinem Zeitpunkt. Das war die von ihm mit seiner Funktion als Chefredakteur und Parteivorsitzender und dann als politischer Amtsträger in der Bürgerschaft und im Reichstag übernommene Amtspflicht, wie er sie sah: die Verteidigung der Republik um jeden moralisch vertretbaren Preis. Das war sein Ethos für das er letzten Endes am 5. Januar 1945 sterben musste.

⁷ Was an Hand der historischen Fakten genauer nachzuweisen wäre.

⁸ Vgl. Artikel 12 der Lübeckischen Landesverfassung vom 23. Mai 1920, <http://www.verfassungen.de/sh/luebeck/verf20-i.htm>

2. Das Böckenförde-Diktum

Rechtstechnisch ist die noch heute gebräuchliche Gebrauchsanleitung zur Umsetzung des Programmes für eine völkische Revolution in geltendes Recht à la Paul Anton de Lagarde, Richard Wagner,⁹ Heinrich Claß,

⁹ Richard Wagner steht in dieser Reihe, weil seine Musik den Gedanken einer deutsch-völkischen Weltmacht auch mit seinem Griff in den germanischen Mythenschatz bewusst orchestriert. Zu Richard Wagners Hass auf Juden am Beispiel Heine, Meyerbeer und Mendelssohn Bartholdy in: Richard Wagner, Judentum in der Musik, Leipzig 1869 (1850 erstmals veröffentlicht), ein abscheuliches Machwerk mit kruden Vorstellungswelten voll Judenhass. Wagner erfand die äußerst wirkmächtige Musik zur damals vorherrschenden Deutsch-völkischen-Weltmachtphantasie. Es bleibt mir - bei aller Wertschätzung dieser in die musikalische Moderne weiterführenden kompositorischen Erfindungen Wagners (z.B. „Liebestod“) bis heute unerfindlich, weshalb Persönlichkeiten der sog. kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Elite, in vollem Bewusstsein des offen zur Schau gestellten Rassismus Wagners, den Wagner-Tempel in Bayreuth zur Weihe des persönlichen „Wagnerischen Gesamtkunstwerkes“ und damit zur Weihe seiner unsäglich rassistischen Persönlichkeit aufsuchen und diesen Kult, ob sie wollen oder nicht, bis heute noch mitgestalten. Gleichzeitig werden heute Straßen von Komponisten wie Hans Erich Pfitzner in Lübeck zu Recht umbenannt, die sich in ihren Schriften zwar antisemitisch äußerten, aber vergleichsweise unbedeutend waren.

Der glühende Antisemitismus Richard Wagners ist offenbar ein besonderes deutsches gesellschaftliches Tabu. Vgl. Fritz Stern, S.133: „Nur wenige Gruppen übernahmen den ganzen Lagarde, die hohen Priester der deutschen Kultur beispielsweise, Richard Wagner und sein Kreis in Bayreuth, feierte ihn als den großen antisemitischen Propheten eines reinen Deutschtums.“ dazu auch Stefan Sandmeier, Wieviel Wagner ist in Hitler? Richard Wagners Antisemitismus und seine Rezeption in völkischer Bewegung und Nationalsozialismus, Juni 2004, S.62 ff.; in dem 1878 für die Bayreuther Blätter von Richard Wagner geschriebenen Artikel: „Was ist deutsch?“, Bayreuther Blätter 1.2: 29-52, ist es wieder der Jude, gegenüber dem sich „das Deutsche“ abgrenzt, S.5 ff. Wagner erliegt in seinem politischen Denken der Anziehungskraft Paul de Lagardes (s. M.B., Präfaschismus in Lübeck, www.mboutteiller.de, S.12f.), wie das auch für Thomas Mann noch in den „Betrachtungen“ (s.M.B., Präfaschismus in Lübeck, www.mboutteiller.de, S. 16) nachzuweisen ist. Wagner bewunderte Lagarde. Sein Angebot, Lagarde für die Bayreuther Blätter zu gewinnen, lehnte dieser ab. Demgegenüber ist die bloße zeitliche Zäsur (Rassist vor oder nach dem 30.1.1933?) äußerst fragwürdig. Gnade des frühen Todes? Dabei wird übersehen, dass rassistische Menschenverachtung -wie dargestellt- lange kulturelle Zyklen bildet- sich gewissermaßen kulturell vererbt-, bevor sie in Gewalt umschlägt (vgl. dazu: Geschichte des Antisemitismus bis 1945, de.m.wikipedia.org, 16.11.2019). Richard Wagner ist ebenso wie der Rassist Martin Luther ein gutes Beispiel für solche langdauernden gesellschaftlichen Wirkungen. Bei Wagner kommt die Faszination seiner Weltmachtmusik hinzu. Ebenso wie eine bestimmte passende Art von Musik zu bestimmten Massenauftritten, dem Einzug moderner Gladiatoren oder den Zusammenkünften der modernen Sturmtruppen des völkischen Hasses dazu gehört, war es damals für das Bildungsbürgertum die tief emotionalisierende Musik Wagners. Man muss unsere deutschen rassistischen Vorfahren als Persönlichkeiten nicht feiern. Sie und ihre Produktionen zu kennen und historisch einzuordnen, tut allerdings not (vgl. den Diskussionsstand in dem Interview mit dem Direktor des Israel-Museums, Ido Bruno, FR vom 27.9.2019, S.32). Aus der Sicht eines Dirigenten, der die von ihm bewunderte Musik von der rassistischen Ideologie sauber trennt: Christian Thielemann, Mein Leben mit Wagner, München 2013, S. 109-126; trifft, was ich meine: Simon Rattle, Gespräch über die Walküre, BR-Klassik, „Wagner fasziniert - wie die Schlange den Hasen“, Gespräch mit Bernhard Neuhoff, 5. 2. 2019, <https://www.br-klassik.de>; zur Frage der Trennung von Kunstwerk und Person des Künstlers: (am Beispiel Peter Handkes Nobelpreis) Margarete Stokowski, Perfide Mülltrennung, mit dem Bemerkten, Kunst vom Künstler zu trennen sei Luxus, in: Spiegel online, spiegel.de ; demgegenüber Jens Jessen, Im Reißwolf der Moral, Zeit online, zeit.de, 30.10.2019, mit der Auffassung, dass die Gesellschaft hier als Kunstaufsicht im Sinne einer höheren Moral auftrete, zusammengesetzt wie ehemals aus Pharisäern und Philistern.



Carl Schmitt mit Ernst-Wolfgang Böckenförde in Ebrach

Alfred Rosenberg, Adolf Hitler, Carl Schmitt¹⁰, Götz Kubitschek und seinen geistigen WeggefährtenInnen in der AfD usw. einfach: Sie läuft über das sogenannte Böckenförde-Diktum.

Der kürzlich verstorbene katholische Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde (1930-2019) hat folgende nach ihm benannte Formel geprägt:

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her, aus der moralischen Substanz des einzelnen und der Homogenität der Gesellschaft (sic!),¹¹ reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“¹²

kräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und – auf säkularisierter Ebene – in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“¹²

10 Carl Schmitt war ein katholischer, eliminatorischer bekennender Antisemit, der immer dazu gestanden hat. In der von ihm am 3. und 4.10.1936 in Berlin organisierten Konferenz „Das Judentum in der Rechtswissenschaft“ forderte er beispielsweise die Säuberung der Bibliotheken von jüdischen Verfassern. Die jüdischen Autoren sollten als Juden gekennzeichnet werden, z.B. Friedrich Julius Stahl als Stahl-Jolson. „Schon allein von der bloßen Nennung des Wortes 'jüdisch' wird ein heilsamer Exorzismus ausgehen“, meinte Schmitt. Nachweise bei Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*, 2. Auflage, München 2008, S.211.

Rassistisch in eliminatorischer Absicht ist insbesondere die Definition seines Begriffes „Demokratie“. In der 1923 erstmals erschienen viel gelesenen Schrift: *Geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, schreibt er in der Vorbemerkung auf S. 13,14: „Jede wirkliche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen. (...) Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß“. Die Vorbemerkung ist unter dem Titel, *Der Gegensatz von Parlamentarismus und moderner Massendemokratie*, in: *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar – Genf – Versailles 1923 – 1939*, 52ff aufgenommen. In: *Staat, Bewegung, Volk*, 3. unveränderte Aufl. 1934, 42ff, 45f schreibt Schmitt, dass die Artgleichheit unumgängliche Voraussetzung und Grundlage des bestehenden nationalsozialistischen Staates ist, ohne die sein Rechtsleben nicht denkbar ist. Vgl. dazu Herbert Mandelartz, „... nötigenfalls Vernichtung.“ Eine Fußnote zu Carl Schmitt, in: *vorgänge* Nr. 216 (4/2016), S. 77-84. Vgl. dazu auch Jürgen Habermas, *Das Bedürfnis nach deutschen Kontinuitäten*, *Die Zeit*, Nr.49/1993, <https://www.zeit.de/1993/49/das-beduerfnis-nach-deutschen-kontinuitaeten>

11 Steffen Kailitz, »Ich kann die Vorsicht verstehen«, *taz* 12.3.2024, S.7: » Die AfD ist Teil dieser Identitären Rechten. Es ist eine andere Spielart des Rechtsextremismus, die nicht ganz so hart ist wie die Neonazi-Szene oder NPD. Aber das grundlegende Ziel ist auch hier: eine homogene Gemeinschaft der Deutschen durchzusetzen. Das ist der gemeinsame Nenner.«

12 Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation“ In: *Recht, Staat, Freiheit*. 2006, S. 112f.; vgl. demgegenüber a.A. Hans Blumenberg, *Wirklichkeit und Staatstheorie* (1968), *Schweizerische Monatshefte* 4/1968

Böckenförde benutzt in seiner fragwürdigen staatstheoretischen und rechtsdogmatischen Arbeit Schlüsselbegriffe wie *Staat, Volk und Nation*, die sich mit Ausnahme des Wortes „Nation“¹³ im geschriebenen Text des Grundgesetzes wiederfinden. Diese Begriffe lädt er nach seinem Vorverständnis auf¹⁴ (Homogenität) und trifft Folgerungen für die Auslegung grundrechtlicher Normen.

Bei dieser Methode der Rechtsauslegung werden also die Begriffe „Staat“, „Volk“ und „Nation“ zum Argument.¹⁵ Böckenförde wendet dieses Vorgehen der juristischen Interpretation, bei dem er u.a. Ansichten und Techniken des von ihm verehrten faschistischen Rechtslehrers Carl Schmitt aufnimmt,¹⁶ unzweifelhaft in guter Absicht und in Übereinstimmung der Ergebnisse seiner Auslegung mit dem Grundgesetz an. Aber diese Subjektstellung der Begriffe ist eben beliebig instrumentalisierbar. Heideggers versteckter Antisemitismus ist dafür ein gutes Beispiel.¹⁷ Hitler setzt in gewissem Sinne für diese Art der begrifflichen Konstruktion einen barbarischen Endpunkt. Er hatte kurz vor seinem Tod gesagt: „Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, es ist besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft.“¹⁸

13 Der Wortbestandteil „national“ in Art. 139 Grundgesetz: „Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt,“¹³ - ist nicht gemeint.

14 Markus Gabriel, *Moralischer Fortschritt in dunklen Zeiten, Universale Werte für das 21. Jahrhundert*, Berlin 2020, Seite 120: „Eine Monokultur lässt sich unter Bedingungen einer modernen Massen Demokratie nicht ansatzweise herstellen. Umgekehrt bedeutet dies nicht dass die Politik jede Meinung und jede Lebensform mit gleichem Recht behandeln sollte. Der Multikulturalismus setzt viel mehr eine gemeinsame Expedition voraus: wir alle sitzen im selben Boot und müssen gemeinsam herausfinden, wie wir weiteren moralischen Fortschritt agieren. Es führt schlichtweg kein Weg am Multikulturalismus vorbei, der sich automatisch ergibt, wenn Millionen von Menschen (wie scheinbar »ethnisch« einheitlich auch immer) derselben Gesellschaft angehören.“

15 Ein Klassiker, der aufzeigt, wie im Wesentlichen ohne neue Gesetze durch Uminterpretation der Faschismus 1933 - 1945 juristisch funktionierte, ist immer noch Bernd Rüthers, *Die unbegrenzte Auslegung, Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus*, 7. Auflage, Tübingen 2012 (1. Auflage 1968); Christoph Möllers, *Staat als Argument*, 2. unveränderte Auflage, Tübingen 2011.

16 Dieter Gosewinkel, „Beim Staat geht es nicht allein um Macht, sondern um die staatliche Ordnung als Freiheitsordnung“, Biographisches Interview mit Ernst-Wolfgang Böckenförde, in *Wissenschaft Politik Verfassungsgericht*, Berlin 2011, S.359 ff.

17 vgl. die Analyse von Georg Geismann, Heidegger: Irrungen, Wirrungen . Anmerkungen für Amazon zu: Walter Homolka / Arnulf Heidegger (Hrsg.), *Heidegger und der Antisemitismus. Positionen im Widerstreit. Mit Briefen von Martin und Fritz Heidegger*, Freiburg-Basel-Wien 2016: Zu Weihnachten 1931 schreibt er an seinen Bruder: „Daß dieser Mensch [Hitler] einen ungewöhnlichen und sicheren, politischen Instinkt hat und eben schon gehabt hat, wo wir alle noch benebelt waren, das darf kein Einsichtiger [!] mehr bestreiten. Der nationalsozialistischen Bewegung werden künftig noch ganz andere Kräfte zu- wachsen. Es geht um keine Parteipolitik mehr – sondern um Rettung oder Untergang Europas und der abendländischen Kultur.“

18 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Kriegsgeschichte1/nero.html>, abgerufen am 19.11.2022

Kubitschek, die sog. Identitären und führende Mitglieder der AfD und andere Völkische¹⁹ betreiben dieses Geschäft der „Auslegung“ solcher staatstheoretischen Begriffe ganz offenbar in böser Absicht und ohne Rücksicht auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Die Methode der [staatstheoretischen Mythologisierung](#) mithilfe der genannten Begriffe betreiben indes betreiben beide. Der im Deutschen Reich 1933 als Jude und Demokrat nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 von der Universität Köln beurlaubte,²⁰ 1934 in den Ruhestand versetzte Staats- und Verfassungsrechtler Hans Kelsen²¹ (1881-1973) hat in seiner Schrift „Hauptprobleme der Staatsrechtslehre, entwickelt aus der Lehre vom Rechtssatze“²² dazu 1911 alles Erforderliche gesagt.

Alle republikfeindlichen Ansätze rassistischer, faschistischer oder neuerdings wieder offen völkischer (d.h. rassistischer) Art laufen über solche begrifflichen Schleusen wie Volk, Staat und Nation. Deshalb haben solche Begriffe in ihrer Subjektivierung, d.h. als rechtlich handelnde Subjekte gebraucht, nichts in gesellschaftlichen, sozialen und rechtsdogmatischen Handlungsgefügen verloren.²³ Wer also behauptet, der Staat oder das Volk oder die Nation sei und handle so und so oder dazu auffordert, in ihrem Namen oder zu ihrem Schutze zu handeln, versteckt dahinter meist die Interessen und Absichten seiner eigenen Person oder von Gruppen, die er nicht nennen will, oder diejenige von an der Regierung befindlichen Personen und Gruppen, deren Absichten nicht genannt werden sollen, weil sie nicht legal oder legitim sind.

3. Die Debatte um den „richtigen“ Sprachgebrauch

In der Debatte um die Verwendung der diese Auseinandersetzung leitenden Begriffe Volk, Nation und Staat wird eingewandt, die Verwendung dieser Begriffe könne ja nicht unterbunden werden, denn sie seien im täglichen Gebrauch. Von einem Anwendungsverbot im Alltagsgebrauch soll hier indes ohnehin keine Rede sein.

19 Ein weiteres gutes Beispiel ist der Umgang des Heidelberger Manifests von 1981, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Heidelberger_Manifest, abgerufen am 19.11.2022, mit dem Begriff „Volk“ : „Das Grundgesetz der Bundesrepublik geht nicht aus vom Begriff »Nation« als der Summe aller Völker innerhalb eines Staates. Es geht vielmehr aus vom Begriff »Volk« und zwar vom deutschen Volk. Der Bundespräsident und die Mitglieder der Bundesregierung leisten den Amtseid: »Ich schwöre, daß ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm abwenden werde.« Somit verpflichtet das Grundgesetz zur Erhaltung des deutschen Volkes. Die Präambel des Grundgesetzes verpflichtet auf das Ziel der Wiedervereinigung. Wie soll diese möglich bleiben, wenn sich die Teilgebiete ethnisch fremd werden? Die jetzt praktizierte Ausländerpolitik, welche die Entwicklung zu einer multirassischen Gesellschaft fördert, widerspricht dem Grundgesetz, das alle Deutschen der Bundesrepublik zur Bewahrung und Verteidigung der Lebensrechte unseres Volkes verpflichtet.“, <https://www.nadeshda.org/archiv/antifa/hmanwo.pdf>; Anleitung zum Völkermord: Der Mythos vom »Großen Austausch« Von Jason Stanley, Blätter 2022, 11, S. 95 ff.;

²⁰ Carl Schmitt war der einzige Fakultätskollege in Köln, der sich der hiergegen gerichteten Petition der Fakultät an die preußische Regierung nicht anschloss (Hans Kelsen, <https://de.wikipedia.org>, 16.10.2019)

²¹ Hans Kelsen, a.a.O.(FN 16)

²² Tübingen 1911, 2., photo-mechanisch gedruckte, um eine Vorrede vermehrte Auflage 1923.

²³ Vgl. aus der neueren Literatur, Möllers, Christoph, Staat als Argument, 2. unveränderte Auflage, Tübingen 2011; Kletzer, C. (2013). Die Legitimität der Neuzeit: Kelsen und Blumenberg. In C. Jabloner, T. Olechowski, & K.Zeleny (Eds.), Secular Religion: Rezeption und Kritik von Hans kelsens Auseinandersetzung mit Religion undWissenschaft (Vol. 34). (Schriftenreihe des Hans Kelten Institutes; Vol. 34). Manz.<https://www.manz.at/list.html?isbn=978-3-214-14755-6>

Allerdings halte ich den Streit über den „richtigen“ Sprachgebrauch mit Anhängern der völkischen Ideologie für vertane Zeit. Denn es geht bei dieser Auseinandersetzung nicht um Wissens-, sondern um Glaubensfragen. Glaubensfragen sind nur mit Gewalt lösbar, sei es solche konstitutioneller Gewalt oder mit extrakonstitueller Gewalt, d.h. dann am Ende mit politischem Mord oder Totschlag. Im Ergebnis sind das - in politischen Begriffen ausgedrückt - das politische Attentat, dem wir heute vermehrt begegnen, und der Bürgerkrieg. Denn bei diesen Begriffen handelt es sich um politische Kampfbegriffe, also um scharfe Waffen in der politischen Arena. Dabei ist es nicht das Wort oder der Begriff selbst der tötet. „Ideen können nie über einen alten Weltzustand, sondern immer nur über die Ideen des alten Weltzustandes hinausführen. Ideen können überhaupt nichts ausführen. Zum Ausführen der Ideen bedarf es der Menschen, welche eine praktische Gewalt aufbieten.“²⁴

In der öffentlichen Debatte über die Verwendung der genannten Begriffe sollte deshalb aus Sicht der Liberalen von vornherein außer Streit stehen, dass die Verwendung völkischer Politikbegriffe (völkisches Volk, völkische Nation, völkischer Staat) und die daraus abgeleiteten Handlungsoptionen nach geltendem Verfassungsrecht offensichtlich verfassungswidrig sind. Das gilt für den rassistischen Volksbegriff in gleicher Weise wie für die daraus abgeleiteten Begriffe der Nation, der Demokratie und für die Handlungsfelder möglicher konstitutioneller Gewalt. Ein rechtsstaatlicher Vollzug rassistischer Politik ist nach unserer geltenden Verfassung ausgeschlossen. Gewollt ist von den RassistInnen denn auch nicht das Zustandekommen von Handlungsgefügen auf dem Wege der parlamentarischen und rechtsstaatlichen Demokratie des Grundgesetzes, sondern die Errichtung einer völkischen Diktatur, d.h. das Zustandekommen der Gesetze und Maßnahmen mittels nicht verfassungsgemäßer Gewalt.

Was bleibt, ist die Frage nach dem Sinn staats-theoretischer Verortung der genannten Begriffe. Aus meiner Sicht ist die Auseinandersetzung mit den verschiedenen historischen Systemen für das Verständnis des Wortgebrauchs der früheren Staatstheoretiker und Philosophen z.B. Aristoteles, Platon, Hobbes, Hegel usw. nützlich und erforderlich. Für den heutigen Gebrauch aber - wie dargelegt - als politische Ideologie erkennbar und deshalb wertlos. Um es nochmals hervorzuheben, nicht die Staaten handeln, sondern Menschen. Um es als Beispiel in anderer Form zu wiederholen: Die Atombomben am 6. und 9. August 1945 hat nicht der Staat USA, oder das Volk der USA über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen, es waren vielmehr zwei Piloten der US-Luftwaffe, die auf Befehl des Präsidenten Harry S. Truman handelten. Getroffen und getötet wurden auch nicht das japanische Volk oder der Staat Japan, sondern ca. 230.000 Menschen, die in Hiroshima und Nagasaki wohnten oder sich dort aufhielten und zum Teil jämmerlich zugrunde gingen.

²⁴ Karl Marx - Friedrich Engels, Werke Band 2, Berlin 1962, S.126

4. Der Einfluss staatstheoretischer Begriffe auf das politische Handeln

4.1. Der Sprachgebrauch der AfD

Führende Mitglieder der AfD wie Alexander Gauland, einer der Sprecher und einer der Fraktionschefs im Bundestag, sprechen den Begriff „Volk“ im Sinne von „Umvolkung“ an. Alice Weidel, ebenfalls Fraktionschefin der AfD im Bundestag, spricht davon, dass "wir von kulturfremden Völkern wie Arabern, Sinti und Roma etc. überschwemmt werden". Björn Höcke, der Parteichef der AfD in Thüringen und dortiger Fraktionschef im Landtag, hat in seiner berüchtigten [Dresdner Rede im Januar 2017](#)²⁵ „die einschlägigen Argumentations- und Redefiguren der AfD in geradezu mustergültiger Klarheit vorgeführt“. "Unser liebes Volk", sagt er, – "Unser liebes Volk ist im Inneren tief gespalten und durch den Geburtenrückgang sowie die Masseneinwanderung erstmals in seiner Existenz tatsächlich elementar bedroht." Die Feinde – die von ihm so genannten "Altparteien“, auch die Gewerkschaften, vor allen Dingen auch die „Angstkirchen" und so fort – sie "lösen unser liebes deutsches Vaterland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl. Aber wir, liebe Freunde, wir Patrioten werden diesen Wasserstrahl jetzt zudrehen, wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen."²⁶ In diesen Worten Höckes kommen fünf Zielsetzungen zum Ausdruck, die schon vor 100 Jahren in der Weimarer Republik und in Lübeck dominieren:

- Erstens redet Höcke dem Kulturpessimismus und der Katastrophenlage in Deutschland das Wort, in das uns die Feinde „unseres lieben Vaterlands“ ausweglos führen, wenn die Patrioten, die Feinde des „lieben Vaterlands“, mit ihrer Spaltungsabsicht durch Geburtenrückgang und Masseneinwanderung gewähren lassen.
- Zweitens appelliert er an das „Wir“, d.h. das völkisch geeinte Volk, das sich sein „liebes Vaterland“ nicht wegnehmen lässt.
- Drittens ruft er zum Handeln auf: „Wir werden uns unser Deutschland Stück für Stück zurückholen“.
- Viertens benennt er die Feinde, die Deutschland bedrohen: die Masseneinwanderung (von Volksfremden) und die Libertinage, die die Geburtenzahl der Deutschen Frau senkt, das heißt im Ergebnis das freiheitli-

²⁵ Betreff: Rede Björn Höcke Dresden live bei der Jungen Alternative AfD - Dresdner ...
<https://youtu.be/WWwy4cYRFIs?si=PotxZgyBIMwEja2Z>

²⁶ Eine lesenswerte Analyse des Sprachverhaltens der AfD bietet Heinrich Detering, in: ZdK - Zentralkomitee der deutschen Katholiken | Veröffentlichungen | Reden und Beiträge | Detailseite | Impulsvortrag Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten – "Wer ist wir?" (Prof. Dr. Heinrich Detering) mit weiteren Beispielen; aus Deterings hier angegebenen Text sind auch die zitierten Redebeiträge entnommen.

che Weltbild der Moderne. Wer die mit diesen Einrichtungen verbundene Weltoffenheit lebt und garantiert, ist mit allen Mitteln zu bekämpfen. Mit allen Mitteln, denn es geht um die Existenz der ja - wie Höcke sagt - zum ersten Mal bedrohten Einheit unseres Volkes.

- Zu bekämpfen sind fünftens vor allem die „Altparteien“ und besonders die „Angstkirchen“. Indem er die „Angstkirchen“ ins Visier nimmt, ruft Höcke, in gleicher Weise wie Lagarde zu einer anderen Art von Religiosität auf, wie sie die Amtskirchen offenbar nicht vertreten: Die „neue“ (alte und uns bekannte) Religion des Völkischen.

4.2. Von der Rhetorik zur Tat

Der über mehrere Generationen in der deutschen Öffentlichkeit latent oder manifest vorhandene²⁷ Doppelbinderprozess aus Hass und Gewalt, wie ihn Norbert Elias beschreibt,²⁸ bricht sich offenbar wieder verstärkt Bahn. Das Morden hat sein Motiv gefunden. „Rassistische, antisemitische, antiziganistische und allzu oft verharmlosend als „fremdenfeindlich“ bezeichnete Gewalt gehören zur Erfahrung und Geschichte sowohl der alten BRD wie der DDR.“²⁹ Die Mörder finden in den Argumenten ihrer politischen Leitfiguren Legitimation. Es nimmt deshalb nicht Wunder, dass Niklas Frank, der Sohn des späteren Generalgouverneurs von Polen, Hans Frank (1900-1946), des „Schlächters von Polen“, in der Rhetorik der AfD die Sprache seines Vater erkennt.³⁰

Der Durchbruch geschieht, wie bereits in der Lübecker Bürgergesellschaft der Weimarer Zeit, mit Hilfe von völkischer Rhetorik und offen oder verdeckt arbeitenden völkischen Vorfelddnetzwerken mit einem politischen Arm in den Parlamenten und den „Sturmtruppen“ und vernetzten einzelnen Attentätern draußen. Dazu bedarf es ferner einer im Bundestag und den Landtagen - damals u.a. in der Lübecker Bürgerschaft - als politischer Arm vertretenen, heute staatlich finanzierten, digital hoch gerüsteten³¹ völkischen Partei.³² Die liberal

27 Wilhelm Heytmeier, Gewalt, 2.Auflage, Weinheim 1996 m.w.N.

28 Norbert Elias: J.Matthes (Hrsg.),Lebenswelt und soziale Probleme.Verhandlungen des 20.Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980 (S.98-122(<https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/16608>)

29 Sabine Hark, Gemeinschaft der Ungewählten, Berlin 2021, S.43

30 Der Spiegel Nr.37,7.9.2019, 13/65

31 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/09/Propaganda-40.pdf>; Wolfgang Kraushaar, FR vom 17.12.2022 (<https://michaelbouteiller.de/man-hat-die-gefaehrlichkeit-der-reichsbuerger-unterschaetzt/>)

32 Siehe.dazu Dirk Stegmann,Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein, 1917-1918, Konservative Sammlungsbewegung in der Provinz, beirat-fuer-geschichte.de , heute mit modernisierten Inhalten die AfD.

verfasste Republik soll - geht es nach den völkischen Treibern - kulturell hinter die 1968 erkämpfte gesellschaftliche Liberalität zurück geworfen und delegitimiert werden. Das ist das Ziel. Die alte „Deutsche Angst des Bürgertums“³³ wird auf diese Weise mit Unterstützung digitaler Techniken remobilisiert. Die 1968 gescheiterte, damals noch analoge geistige Konservative Revolution der Globke-Adenauerzeit soll nun erfolgreich und digital zu Ende gebracht werden. Der Prozess, den wir hier beobachten, läuft nicht nur national sondern international³⁴ ab. Die Gegenstrategien sollten deshalb ebenfalls europäisch und international beschaffen sein.³⁵

Heute kann sich nach der vorgelegten Analyse der Ereignisse der 1920er Jahre im Freistaat Lübeck niemand darauf verlassen, dass Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik verfassungsfest seien. D.h., dass das Gefüge der Institutionen des Grundgesetzes in der Realität mit einer Ewigkeitsgarantie versehen wäre. Es mag sein, dass wir gegenüber einem Staatsstreich in der Art der vier Putschversuche von 1917 bis 1926 zur Zeit durch die gegenwärtigen Machtverhältnisse gesichert sind. Anders verhält es sich jedoch gegenüber der Gefahr einer stillschweigenden und langsamen Umformation der Republik. Nehmen wir den hochpolitischen, in unserer Stadt viel beachteten und wachen bürgerlichen Beobachter des Kaiserreiches und der Weimarer Zeit, Thomas Mann, so war dessen Wahrnehmungsfähigkeit gegenüber der stillschweigenden Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Strukturen der Öffentlichkeit in seiner Heimatstadt bis Ende der 20er Jahre offenbar blind.³⁶ Er hat das Ausmaß des Präfaschismus nicht erkannt. Warum sollte es uns heute, wo unsere Wahrnehmung ebenfalls vertrauensvoll in unsere nächste Alltagswelt eingebunden ist, anders ergehen?

Diese unsere Gutgläubigkeit als Wahrnehmungsfilter setzt Alice Weidel, eine der Fraktionsvorsitzenden der AfD im Bundestag, offenbar voraus, wenn sie als Strategie der AfD, des politischen Arms der „Sturmtruppen“, Ihresgleichen dazu aufruft: „Die Herausforderung ist, nach den Regeln zu spielen, um sie nicht zu diskreditieren.“³⁷ Eine Zuspitzung der Lage erfolgt deshalb - wie damals - nicht über direkte Aufrufe der Ideengeber der Konservativen Revolution zum politischen Attentat gegen die erkannten „Wächter des Systems“. Die Steuerung erfolgt vielmehr - wie schon in der Weimarer Zeit - über den beschriebenen Dreiklang von kulturellem Pessimismus, Hass und Gewalt. Allerdings ist das Radikal Neue gegenüber der Weimarer Lage die Revolutionierung der Öffentlichkeitsarbeit; radikal neu ist die Digitalisierung der Medien.³⁸ Das

33 Deshalb wird auch der Begriff „Bürgertum“ von den Leitfiguren der AfD remobilisiert, vgl. Elisa Nowak, Die Partei des Bürgertums, der Freitag, Blog:AfD| die Partei des Bürgertums, <https://www.freitag.de/autoren/elisanowak/die-partei-des-buerkertums>

34 zur rassistischen Bewegung und ihrer Vernetzung in den USA s. etwa Zeitschrift Stern Nr.35, 22.8.2019, S.50ff.; zu den rassistischen Motiven der Massenmörder Anders Breivik (Norwegen) und Brentan Tarrant (Australien) vgl.: Die Ideologien der rassistischen Mörder Breivik, Tarrant., Thomas Modehn, Religions Philosophischer Salon, gepostet am 17.3.2019, <https://religionsphilosophischer-salon.de>>

35 Vgl. die kluge Handlungsanweisung von Timothy Snyder, Über Tyrannei: Zwanzig Lektionen für den Widerstand, München 2017

36 Siehe dazu Michael Bouteiller, a.a.O. (FN.2), S.16

37 Siehe Jan Sternberg, Den Rechsextremen hingegeben, Frankfurter Rundschau vom 30.11.2010, S. 3

38 Wolfgang Kraushaar, FR Deutschland vom 17.12.2022, Seite 24 <https://michaelbouteiller.de/man-hat-die-gefaehrlichkeit-der-reichsbuerger-unterschaetzt-2/>

politische Attentat von heute wird nicht mehr analog, sondern digital vermittelt. Die politische Gewalttat als solche ist und bleibt hingegen die finale öffentliche Ausdrucksform des Dreiklangs von kulturellem Pessimismus, Hass und Gewalt.

Unter den Begriff „politisches Attentat“ fasse ich nicht nur die „Klassiker“ der Politischen Attentate der Weimarer Republik: Beispiele seinerzeit sind die Attentate auf Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15.1.1919 in Berlin durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division unter Hauptmann Waldemar Pabst; auf den ersten Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Kurt Eisner, am 21.2.1919 in München durch den zum antisemitischen Thule -Kreis gerechneten Anton Graf von Arco auf Valley: („Eisner ist Bolschewist, er ist Jude, er ist kein Deutscher, er fühlt nicht deutsch, untergräbt jedes vaterländische Denken und Fühlen, ist ein Landesverräter.“); auf den Leiter der Waffenstillstandskommission und Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommen von Campiègne, Reichsminister der Finanzen Matthias Erzberger (1875-1921) am 26.8.1921 in Bad Griesbach durch die Organisation Consul; auf Außenminister Walther Rathenau (1867-1922) ebenfalls durch die Organisation Consul am 24.6.1922 in Berlin. Die Organisation Consul, auch „Schwarze Reichswehr“ genannt, entstand 1920 nach dem gescheiterten Kapp-Putsch als Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt. Sie stellte eine militärisch geführte Organisation mit rd. 5.000 Mitgliedern dar.³⁹

Unter den Begriff „politisches Attentat“ fallen heute auch nicht alleine die in der öffentlichen Wahrnehmung im Vordergrund stehenden sog. Terrorangriffe. Entscheidend sind vielmehr die fast alltäglichen Morde, die im Wesentlichen aus Fremdenhass erfolgen. Alleine von 1990 bis 2017 sind 183 Opfer rechter Gewaltverbrechen dokumentiert.⁴⁰ Diese Opfer wurden erschossen, erstochen, gesteinigt, verbrannt, zertreten und in den Selbstmord getrieben. In die Gruppe politischer Attentate gehört ebenso die nach Angaben des Bundeskriminalamtes allein in die Zeit von 2011 bis 2017 fallende geradezu unglaubliche Zahl von 2.560 Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte.⁴¹

³⁹ Siehe: Stichwort Brigade Erhardt in: historisches-lexikon-bayerns.de

⁴⁰ Siehe, Ausstellung Opfer rechter Gewalt, opfer-rechter-gewalt.de

⁴¹ Flüchtlingsfeindliche Angriffe in der Bundesrepublik Deutschland, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Fl%C3%BChtlingsfeindliche_Angriffe_in_der_Bundesrepublik_Deutschland, 30.11.2019

CHRONOLOGIE

1995/96: Die rechtsextreme Organisation „Thüringer Heimatschutz“ wird gegründet. Maßgeblich ist der Neonazi Tino Brandt in dieser Organisation aktiv, der dem Verfassungsschutz als V-Mann Informationen liefert. Neben Brandt sind auch Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe sowie spätere NPD-Funktionäre beim „Thüringer Heimatschutz“ aktiv.

13. April 1996: Uwe Böhnhardt hängt an einer Autobahnbrücke einen Puppentorso mit Davidstern und dem Schild „Jude“ auf, der Kopf hängt in einer Schlinge. Daneben steht eine Bombenattrappe. Die 1997 verhängte Jugendstrafe tritt er nicht an, da er untertaucht.

Januar 1998: In Jena hebt die Polizei eine Bombenwerkstatt der Rechtsextremisten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe in einer Garage aus. Es werden Rohrbomben mit dem Sprengstoff TNT und Propagandamaterial sichergestellt. Das Trio flieht und taucht unter.

1998-2011: 15 Raubüberfälle auf Supermärkte, Postfilialen und Sparkassen, die meisten davon in Chemnitz, werden der untergetauchten Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zugeschrieben.



9. September 2000: Der erste NSU-Mord: Der Blumengroßhändler Enver Şimşek aus dem hessischen Schlüchtern wird an seinem Blumenstand in Nürnberg ermordet. Die beiden Täter, Böhnhardt und Mundlos, geben acht Schüsse aus zwei Pistolen ab und verletzen den 38-Jährigen. Er stirbt zwei Tage später im Krankenhaus. Şimşek war Mitte der 80er Jahre aus der Türkei nach Deutschland gekommen und hatte zwei Kinder. Die Mordwaffe des Herstellers Ceska wird bei zahlreichen weiteren NSU-Taten eingesetzt.

19. Januar 2001: In einem Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probststeigasse explodiert eine Bombe, die in einer Christstollendose versteckt worden war. Die 19-jährige Tochter der aus dem Iran stammenden Inhabersfamilie wird schwer verletzt.



13. Juni 2001: Abdurrahim Özüdoğru wird in seiner Änderungs Schneiderei in der Nürnberger Südstadt mit zwei Schüssen in den Kopf getötet. Özüdoğru hinterlässt eine Tochter.



27. Juni 2001: Der Obst- und Gemüsehändler Süleyman Taşköprü wird in Hamburg im Laden seines Vaters mit drei Schüssen

ermordet. Taşköprü ist 31 Jahre alt, als er stirbt. Erst im April 2007 hat er das Lebensmittelgeschäft der Familie übernommen. Er ist Vater einer zur Tatzeit zweijährigen Tochter.



29. August 2001: Der 38-jährige Feinkosthändler Habil Kilig wird in München im Laden seiner Frau mit drei Schüssen in den Kopf getötet. Hauptberuflich war Kilig als Staplerfahrer auf dem Münchner Großmarkt beschäftigt. Er hinterlässt eine Tochter.



25. Februar 2004: Der Hamburger Mehmet Turgut wird an einem Dönerimbiss in dem Plattenbauviertel Rostock-Toitenwinkel mit drei Kopfschüssen ermordet. Der 25-Jährige besuchte in Rostock einen Freund, für den er spontan als Aushilfe am Dönerstand einsprang.

9. Juni 2004: Bei einem Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße, in der sich viele Geschäfte der türkischen Community befinden, explodiert eine ferngezündete Nagelbombe. Dabei werden 22 Menschen verletzt, vier von ihnen schwer. Zahlreiche Läden und Autos werden durch die Detonation erheblich beschädigt.



9. Juni 2005: Der 50-jährige Dönerbudenbesitzer Ismail Yaşar wird in Nürnberg mit fünf Schüssen in Kopf und Herz getötet. Der in der Türkei geborene Yaşar lebt seit 1978 in Deutschland. Er hinterlässt einen Sohn.



15. Juni 2005: Theodoros Boulgarides, der Mitinhaber eines Schlüsseldienstes, wird vor seinem Geschäft in München mit drei Schüssen in den Kopf ermordet. Boulgarides wird 41 Jahre alt. Er hinterlässt zwei Kinder.



4. April 2006: Der 39-jährige Kioskbesitzer Mehmet Kubasik wird in seinem Geschäft in der Dortmunder Nordstadt ermordet. Kubasik emmierte mit der Arbeit im Kiosk seine fünfköpfige Familie.



6. April 2006: Halit Yozgat, 21-jähriger Betreiber eines Internetcafés, wird in seinem Kasseler Laden

durch zwei Kopfschüsse getötet.

Yozgat verblutet in den Armen seines herbeigeeilten Vaters, der seinen Sohn im Geschäft ablösen wollte. Zur Tatzeit befindet sich Andreas Temme am Tatort, ein Bediensteter des hessischen Verfassungsschutzes. Gegen ihn wird zunächst wegen Mordverdachts ermittelt. Das Ermittlungsverfahren wird eingestellt.



25. April 2007: Die 22-jährige Polizeibeamtin Michele Kiesewetter wird in Heilbronn in ihrem Dienstwagen mit einem gezielten Kopfschuss getötet. Ihr Kollege, der neben ihr sitzt, erleidet durch einen Kopfschuss lebensgefährliche Verletzungen. Es ist der zehnte NSU-Mord.

2007 bis 2008: Die Ermittlungsbehörden verdächtigen eine unbekannte Frau zahlreicher Mordtaten. Im März 2009 stellt sich heraus, dass die übereinstimmenden Gensuren beim Verpacken auf Probestäbchen gelangt sind, die bei Ermittlungen genutzt wurden.

4. November 2011: Nach einem Banküberfall in Eisenach werden Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos tot in ihrem ausgebrannten Wohnmobil in einem Vorort von Eisenach gefunden. Den Ermittlungen zufolge tötet Mundlos seinen Komplizen Böhnhardt, setzt dann das Wohnmobil in Brand und erschießt sich schließlich selbst. In Zwickau wird die Wohnung, in der die beiden mit Beate Zschäpe gelebt hatten, von Zschäpe in Brand gesetzt und vollkommen zerstört. Zschäpe verschickt Propaganda-DVDs, auf der sich die bis dahin in der Öffentlichkeit unbekannte Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ mit den Taten brüstet. Am 8. November 2011 stellt sich Zschäpe der Polizei in Jena.

23. Februar 2012: Deutschland gedenkt der Opfer des NSU in einer Veranstaltung am Berliner Gendarmenmarkt, an dem die gesamte Staatsspitze teilnimmt. Bundeskanzlerin Angela Merkel verspricht den Angehörigen vollständige Aufklärung. Für die Hinterbliebenen sprechen Ismail Yozgat, Semiya Şimşek und Gamze Kubasik.

6. Mai 2013: Vor dem Oberlandesgericht München beginnt der NSU-Prozess gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Helfer des Trios. Es werden rund 800 Zeugen gehört. Am 11. Juli 2018, nach 430 Verhandlungstagen, wird das Urteil verkündet: lebenslange Freiheitsstrafe für Beate Zschäpe. Vier Unterstützer des NSU, Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, André Eminger und Carsten S., werden wegen Beihilfe zu Freiheitsstrafen zwischen zweieinhalb und zehn Jahren verurteilt. Nur S. distanziert sich vom NSU. Am 19. August 2021 bestätigt der Bundesgerichtshof das Münchner Urteil gegen Zschäpe, sie reicht am 20. September 2021 in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde ein. Zschäpe will erreichen, dass der Bundesgerichtshof (BGH) noch einmal über die Revision entscheidet. PITT VON BEBENBURG

Ebenso waren politische Attentate die 10 Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), über deren Aufklärung der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses des Bundestages vom 22. April 2013 zu folgendem für die staatlich verantwortlichen Behörden und Persönlichkeiten beunruhigenden Urteil kam:

„Am 22. August 2013 legte der Bundestagsausschuss einen 1357-seitigen Abschlussbericht vor. Die wichtigsten Ergebnisse waren:

1. Fehler in den Ermittlungen: Zum Beispiel mangelhafte Vorbereitung und Durchführung der Durchsuchungen in Jena am 26. Januar 1998, „diverse fachliche Defizite“ wie fehlende Anfragen, mangelnde Auswertung von Hinweisen, und eine „Überzeugung, dass Organisierte Kriminalität der Hintergrund der Taten gewesen sei“.

2. Fragwürdige Ermittlungsmethoden der Staatsorgane: Zum Beispiel wurden V-Männer als Journalisten eingesetzt.
3. Falscher Umgang mit den Angehörigen der Opfer: „Angehörige wurden verdächtigt, die Taten selbst in irgendeiner Weise mit verursacht zu haben“, „Geschwister der Mordopfer waren bei den Vernehmungen der Eltern als Übersetzer tätig.“
4. „Unbestreitbares Versagen“ des Verfassungsschutzes: Die Analysen seien „falsch und grob verharmlosend“ gewesen mit „fataler Unterschätzung und Bagatellisierung [des] Gefahrenpotenzial[s]“ des Trios.
5. V-Personen: „Aufwand und Ertrag des Einsatzes von V-Personen zur Aufklärung einer von Rechtsterrorismus ausgehenden Gefahr standen (...) in keinem Verhältnis.“
6. Keine Hinweise auf Beteiligung von Behörden: Der Ausschuss fand keine Hinweise darauf, dass Behörden den NSU gebilligt oder unterstützt hatten, mit Ausnahme der Verwendung der V-Personen.
7. Rolle der politisch Verantwortlichen: „Diverse Fehler und Versäumnisse, unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit“: Zum Beispiel ließ sich der damalige bayerische Innenminister [Günther Beckstein](#) (CSU) trotz seiner Vermutung nach ausländerfeindlichem Hintergrund mit der Antwort der Polizei abspeisen, dass es „derzeit keine Anhaltspunkte dafür [gebe]“. Der nordrhein-westfälische Innenminister [Fritz Behrens](#) (SPD) und damalige Bundesinnenminister [Otto Schily](#) (SPD) hatten sich nicht näher mit den Hintergründen des Nagelbombenanschlag in Köln beschäftigt. Auch der nachfolgende Innenminister [Wolfgang Schäuble](#) (CDU) zeigte „kein Interesse für die Ermittlungen in der ‚Česká‘-Mordserie“ und beauftragte das Bundeskriminalamt 2006 trotz Anbitter nicht mit der zentralen Ermittlungsführung. Der frühere hessische Innenminister [Volker Bouffier](#) (CDU) erteilte im Fall des erschossenen [Halit Yozgat](#) V-Leuten des Verfassungsschutzes aus dem islamistischen und in einem Fall auch rechtsextremistischen Bereich keine Aussageerlaubnis.“⁴²

Nimmt man die genannten Anzeichen aufkommenden Präfaschismus in der Bundesrepublik wahr und die offen formulierten Strategien der führenden Köpfe der Völkischen Bewegung ernst, liegt es an den zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen, mit allen Mitteln aufzudecken und Widerstand zu organisieren. Dabei kommt der Analyse des Sprachgebrauchs im Sinne Heinrich Deterings eine Schlüsselfunktion zu. Ein täglich zu hörendes Eingangsstatement etwa: „Das wird man doch noch sagen dürfen...“, mit dem dann unter Berufung auf das Grundrecht der Meinungsfreiheit völkische Parolen verbreitet werden, ist ein wertvolles Beispiel für den gängigen Versuch, das legitime öffentliche Meinungsspektrum nach rechts zu verschieben. Widerstand beginnt immer damit, sich von Vorurteilen frei zu machen und die eigene Wahrnehmung zu schärfen.

⁴² NSU-Untersuchungsausschüsse, Ergebnisse, <https://de.m.wikipedia.org/wiki/NSU-Untersuchungsaussch%C3%BCsse>, 27.11.2019

5. Widerstand organisieren

Es ist jetzt die Zeit des Widerstandes gegen den wieder aufkommenden Präfaschismus in Deutschland - auf allen Ebenen: (1) Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, angefangen in unserem direkten - auch privaten - Umfeld,⁴³ Elternhaus, Kindergarten, allen Bildungseinrichtungen, einschließlich der Gewerkschaften, Kirchen, Moscheen, Synagogen und sonstigen religiösen Gesellschaften; (2) auf den sieben staatlichen Ebenen der Gemeinden, Kreise, Kreisfreien Städte, Bundesländer, des Bundes und schließlich über die Ebenen von EU und UN. Keine dieser Netzwerke oder Entscheidungsstrukturen bleibt von dem Prozess des Wandels einer republikanischen zu einer präfaschistischen und am Ende faschistischen Formation bewahrt. Ein besonderes Hilfsmittel des Widerstandes sind (3) die analogen und heute in Besonderheit die digitalen Medien.

Es ist jetzt die Zeit, den Widerstand rechtzeitig zu organisieren. Das ist die wichtigste Lehre aus der Deutschen Geschichte. In der Geschichte unseres Landes ist die misslungene Ergreifung der so sehnlich von der führenden kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Elite erträumten deutschen Weltmacht⁴⁴ ein besonderes unerfüllt gebliebenes Stück der in den letzten 150 Jahren erlebten Geschichte unserer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern. Vergessen sollten wir dabei nicht, dass dieser unerfüllte deutsche Weltmacht-Traum fast die Eroberung ganz Europas durch den Faschismus bewirkt hat. Die deutsche Eroberung Europas hing 1940/1941 tatsächlich an zwei seidenen Fäden. Wir sollten uns deshalb daran erinnern, dass Träume in den Händen dazu entschlossener Menschen ungeheure Vernichtungskraft entfalten können.

1940 waren es in der Tat lediglich drei Tage im Mai, in denen Adolf Hitler den Vormarsch der Deutschen Wehrmacht auf Dünkirchen stoppte und damit dem britischen Heer Gelegenheit gab, sich nach England zu entsetzen. Diese drei Tage vom 24. bis 26. Mai entschieden über Sieg oder Niederlage des Faschismus in Westeuropa.⁴⁵ Die Einnahme der Sowjetunion, begonnen mit dem Überfall auf die Sowjetunion, am 22. Juni 1941, scheiterte ebenfalls an einem Führerbefehl. Hitler ließ den Vormarsch der gesamten Heeresgruppe Mitte auf Moskau im August 1941 stoppen und einen Teil der Truppe zur Eroberung der Ukraine abziehen. Daran scheiterte die nationalsozialistische Einnahme Osteuropas.⁴⁶

Vergessen sollten wir zuletzt nicht, dass der deutsche Weltmachttraum in dem gesamten kurzen 20. Jahrhundert nach Schätzungen weltweit insgesamt 187 Millionen Menschen den Tod und unendliches Leid brachte.⁴⁷ Es ist also an der Zeit, den Widerstand zu organisieren und den# zum Trauma gesteigerten unerfüllten Traum deutscher Weltgeltung endlich zu beerdigen. **Jetzt.**

⁴³ Vgl. dazu Gerald Hüther, <https://youtu.be/BdmiC5VTThI> Hüther

⁴⁴ Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht, die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961 und 2013

⁴⁵ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Schlacht_von_D%C3%BCnkirchen, abgerufen am 19.11.2022

⁴⁶ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Deutsch-Sowjetischer_Krieg, abgerufen 19.11.2022; Meissner, Otto, Ebert, Hindenburg, Hitler. Erinnerungen eines Staatssekretärs, (1954) München 1991, S.555

⁴⁷ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995, S. 26



Die Lübecki- sche Zeitge-

schichte als Lernort.

Ein Versuch.

Teil 1: Vom Klassenbewusstsein zum politischen Individualismus.

Der Verlust des Politischen

»Wir erleben keine Krise der Demokratie, sondern ihr Ende« sagt der Politikwissenschaftler Veith Selk 2024.⁴⁸ Er gibt mit dieser Behauptung einer von rechter und linker Seite um sich greifenden Auffassung Raum. Ob eine derartige kulturpessimistische These zutrifft, sollten wir genau prüfen, bevor wir ihr folgen. Lübeck ist seit alters her ein gut überschaubares Beispiel für den Kampf der EinwohnerInnen um den demokratischen Rechtsstaat.⁴⁹

Denn darum geht es, nicht nur um das demokratische, d.h. das allgemeine, freie und gleiche System der Mehrheitswahl allein, sondern um den Schutz des einzelnen Menschen vor Angriffen auf seine Identität, verbrieft in den rechtsstaatlichen Regeln unserer Verfassung. Das Ende der Demokratie, das hier ausgerufen wird, ist bei Licht besehen, das Ende unserer Verfassung von 1949, das Ende der Geltung des Grundgesetzes. Um es vorweg zu nehmen: Diese Schlacht ist mitnichten verloren. Der Kampf lohnt sich auch heute. Trotzdem.

⁴⁸ <https://krautreporter.de/5201-wir-erleben-keine-krise-der-demokratie-sondern-ihr-ende?shared=d7bdd8e3-422a-48fd-9ec5-33a598468d44>

⁴⁹ Dazu Grassmann, Antjekathrin, hrsg., Lübeckische Geschichte, Lübeck 1988

Auslöser ist die seit der griechischen Klassik (Platon 428 -348 v.C.) beschriebene Zweiteilung jeder gesellschaftlichen Einheit als die Geburtsstunde von Politik: *»Jede Stadt, wie klein sie auch sein mag, ist in der Tat in zwei geteilt, die eine ist die Stadt der Armen, die andere die der Reichen; diese liegen miteinander im Krieg.«*

In der Moderne formulierte der US-amerikanische Verfassungsrichter Louis Brandeis (1856 - 1941) diese Erkenntnis folgendermaßen: *»We must make our choice. We may have democracy, or we may have wealth concentrated in the hands of a few, but we can't have both.«*

Diese eherne Regel der Politik, dass es bei Abfassung von Verfassungen den Besitzenden um die Abwehr der Nichtbesitzenden von der Regierung geht, beherrscht die Verfassungsfrage seit Anbeginn. Die Sorge vor dem Zugriff der Nichtbesitzenden bestimmte etwa die Diskussion der Gründungsväter der US-amerikanischen Verfassung 1787: *»Die Verfassung war das Ergebnis der organisierten Bewegung einer Klasse, die mittels rechtlicher und verfassungstechnischer Garantien einer demokratischen Gesetzgebung entgegen zu wirken versucht.«*⁵⁰

Die ungleichen Vermögens- und damit verbundene Furcht vor ungleichen Machtverhältnissen begründen in einer auf Gleichheit ausgerichteten Gesellschaft - wie derjenigen Deutschlands - Hass und Gewalt.

Folgen wir dem Soziologen Norbert Elias, so explodiert der »Doppelbinderprozess« aus Unterdrückung, Hass und Gewalt in langen Zyklen. Ich weiß nicht, wie es Lesern geht, wenn sie die brecht'sche Formulierung hören: »Reicher Mann und armer Mann standen da und sah'n sich an, und der Arme sagte bleich: „Wär ich nicht arm wärest du nicht reich“«⁵¹

Hat sich der Fall heute erledigt? Was meinen Sie?

50 Beard, Charles A., Eine ökonomische Interpretation der amerikanischen Verfassung, Frankfurt a.Main 1974 (1.Auflage 1913)

51 Bert Brecht 1934; Nietzsche, der den Sozialismus bekämpfte, schlägt zur Lösung des Problems folgendes vor: „Man könnte vielleicht an eine massenhafte Einführung barbarischer Völkerschaften aus Asien und Afrika denken, so dass die zivilisierte Welt fortwährend die unzivilisierte Welt sich dienstbar macht.“ Nachweise bei Franz Mehring: Nietzsche gegen den Sozialismus, 20. Januar 1897, Die Neue Zeit, 15. Jg. 1896/97, Erster Band, S. 545-549. Nach Gesammelte Schriften, Band 13, S. 164, <https://sites.google.com/site/sozialistischecklassiker2punkt0/mehring/mehring-philosophie/franz-mehring-nietzsche-gegen-den-sozialismus>;

Norbert Elias, Zivilisation und Gewalt: über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen. In J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt am Main 1981, S. 98-122 in: J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, S.98-122, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-135461>); https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/16608/ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-1981-elias-zivilisation



Eine grundsätzliche gesellschaftliche Änderung dieser von Platon bis Brandeis beklagten schädlichen Vermögensspreizung ist seit Alters her die Kernfrage aller Politik. Sie beherrschte nicht nur die US-amerikanische Verfassungsdebatte, sondern auch die zur gleichen Zeit in Frankreich tobende Revolution des Bürgertums gegen Adel und Kirche. Sie wird dort in der Erklärung der Menschenrechte vom 26. August 1789 in Artikel 1 vorangestellt: »Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede

dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.“

Ohne Änderung der gegebenen Verhältnisse betreibt eine Regierung keine Politik im engeren Sinne, sondern die bloße Verwaltung der gegebenen Zustände. Benötigt werden heute bei der extremen Spaltung der nationalen Gesellschaften offenbar andere als die hergebrachten Machtmittel und eine Strategie, d.h. Idee und Organisation, die noch erfunden werden muss. Die alten Kampfmittel jedenfalls, kosteten übrigens allein im 20. Jahrhundert über 170 Mio. Menschenleben.⁵²

Sie waren das Produkt der Ideologien des 19. Jahrhunderts und änderten an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen bis heute - entgegen den Erwartungen eines Bismarck, Kaiser Wilhelm II, Hitler nichts.⁵³ Das gilt sowohl für die militärische Auseinandersetzung mithilfe des Militär-industriellen-Komplexes zum Schutz der bestehenden Ordnung, d.h., die dafür erforderliche Erziehung des Menschen zum Massenmord⁵⁴

⁵² Hobsbawm Eric, Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995, S.26

⁵³ Das gilt besonders für die Vermögensverhältnisse, Miriam Rehm, Matthias Schnetzer, Vermögenskonzentration und Macht. Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie, Kurswechsel 2/2015: 69-79, <https://bit.ly/3Fx2vBF>; Walter Scheidel, Nach dem Krieg sind alle gleich, <https://www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-27945>;

Der Freitag, 7.4.2022, S.42, <https://www.evernote.com/shard/s340/nl/61667751/3177b65e-33f6-50ea-66ab-67e3589c9fb0/>;

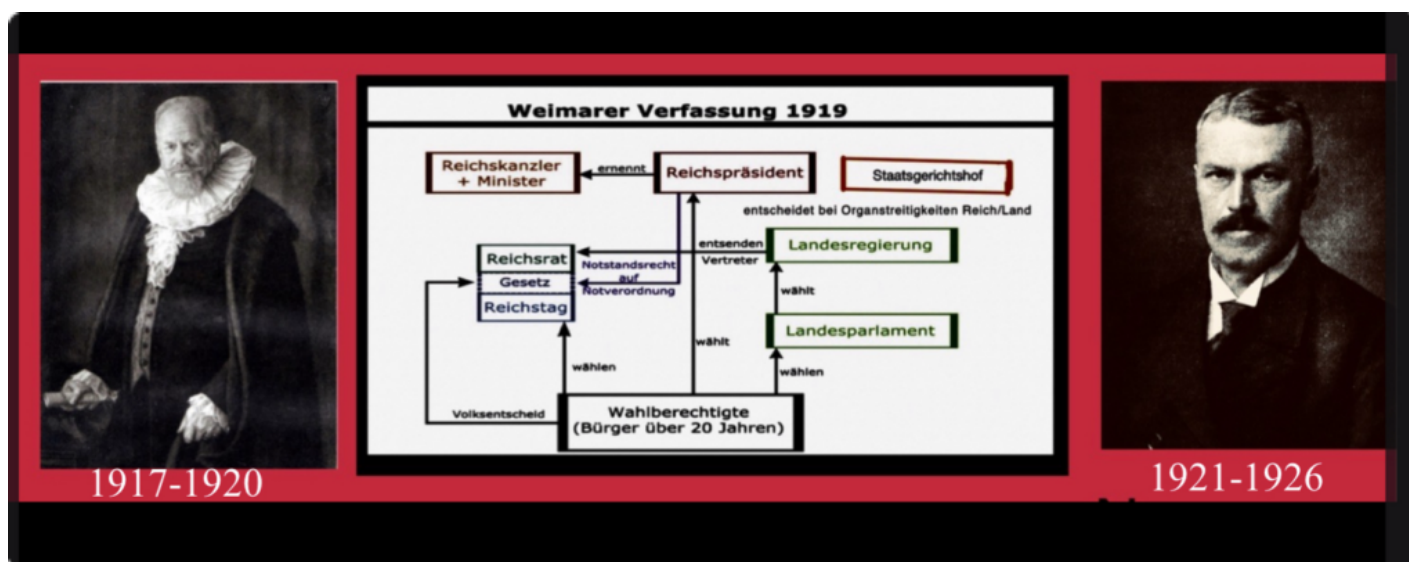
Elias, Norbert, Zivilisation und Gewalt: über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechungen. In J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980. Frankfurt am Main 1981, S. 98-122 in: J. Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, S.98-122, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-135461>); https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/16608/ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-1981-elias-zivilisation_und_gewalt.pdf

⁵⁴ MB, Ausbildung des Menschen zum Massenmord- Gegenwehr, <https://michaelbouteiller.de/?p=5653>

als auch für den Erhalt des Besitzstandes. Zu einer Reduzierung der Vermögensspreizung führten sie jedenfalls bis heute nicht.⁵⁵

Im 19. Jahrhundert formulierten Karl Marx und Friedrich Engels für die »werktätige Bevölkerung« Idee und Organisation. Für das »Bürgertum« übernahm diese Rolle der Göttinger Theologe und Orientalist Paul de Lagarde (Bötticher). An dieser Frontstellung änderte sich bis heute im Wesentlichen nichts. Die Konfrontation führte vom Ersten 30-jährigen Krieg im 17. in den Zweiten 30-jährigen Krieg im 20. Jahrhundert (1914-1945).⁵⁶

Die Weimarer Zwischenkriegszeit ist ein Musterbeispiel. Das beginnt mit dem kurzen Frühling der Münchner Räterepublik (2.4.-7.5.1919) unter Beteiligung Erich Mühsams, die von der Reichsregierung unter Ebert (SPD) und von Freicorpsverbänden zusammen-geschossen wurde. In Lübeck vermasselte die mit absoluter Mehrheit bei den ersten Landtagswahlen nach der Novemberrevolution (1918) hervorgegangene SPD bei der Abfassung der Landesverfassung sogar einen demokratischen Zugriff auf die Regierung (Senat), worüber sich Julius Leber, der 1921 in Lübeck als Redakteur des Volksboten angestellt worden ist, beklagt.⁵⁷ Der nationalistische, 1917 vom Senat gewählte Regierende Bürgermeister Emil Ferdinand Fehling, sicherte mit der von ihm geleiteten Verfassungskommission in der Landesverfassung praktisch die bestehenden Verhältnisse, d.h. die Fortdauer des Patriziats.⁵⁸ Er bereitete seinem Nachfolger ab 1921, dem Regierenden Bürgermeister Johann Neumann, den nationalistischen Weg. Dieser führte über Neumanns leitende Rolle im



⁵⁵ Scheidel, Walter, Nach dem Krieg sind alle gleich. Theiss Verlag, Darmstadt 2018, mit der unzutreffenden Hauptthese: nach dem Krieg sind alle gleich, was nicht zutrifft, wie das Beispiel der Währungsreform zeigt.

⁵⁶ Hans-Ulrich Wehler, Notizen zur deutschen Geschichte, München 2007, S.40

⁵⁷ „Die bürgerliche Senatsmehrheit regierte und die sozialdemokratische Bürgerschaftsmehrheit bewilligte die Steuern.“
LBV vom 7.11.1923

⁵⁸ MB., Lübeck in der Weimarer Epoche - rot oder schwarz ? <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2023/01/Luebeck-schwarz-oder-rot-220128-2.pdf>



Alldeutschen Verband und im Medienkonzern Hugenberg⁵⁹ in die Spitze der reichsdeutschen völkischen Politik: 1926 schlug Heinrich Claß, der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Neumann als Diktator anstelle der zu stürzenden Reichsregierung Marx vor.⁶⁰

Es ist kein Zufall, dass das Lübecker Bürgertum in der Weimarer Epoche in besonderer Weise für das völkische Gedankengut des Alldeutschen Verbandes empfänglich war. Denn die patrizische Gliederung hatte den kleinen Stadtstaat von Alters her geprägt. Erich Wallroth beschreibt 1926 den Freistaat als Musterbeispiel eines Gemeinwesens der Zukunft im Sinne Rudolf Steiners, als »Dreigliederung des sozialen Organismus«. Die wesentlichen Entscheidungen fallen nicht in Bürgerschaft und Senat, sondern in privaten Korporationen. Dem »Vaterstädtischen Verein« für die Auswahl von Senatoren und Bürgermeister oder im »Gemeinnützigen Verein« in Fragen der Kultur.⁶¹

Wallroth schreibt: »Entpolitisierung der Wirtschaft auf der einen und Entpolitisierung der Kultur auf der anderen waren für ihn (Steiner, MB) wichtige leitende Gedanken«.⁶²

Die Frontstellung (Besitzende/ Werktätige) überdauerte das Kriegsende und bestand bis zur ersten „Großen Koalition“ der Nachkriegszeit unter Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt (1966). Mit dem »Godesberger Programm« 1959 hatte sich die SPD von Marx und Engels verabschiedet.⁶³

⁵⁹ <https://michaelbouteiller.de/alfred-hugenberg-der-eigentliche-unsichtbare-herrscher-der-freien-und-hansestadt-luebeck/>

⁶⁰ <https://michaelbouteiller.de/buergermeister-dr-johann-neumann-ein-frueher-luebecker-faschist/>

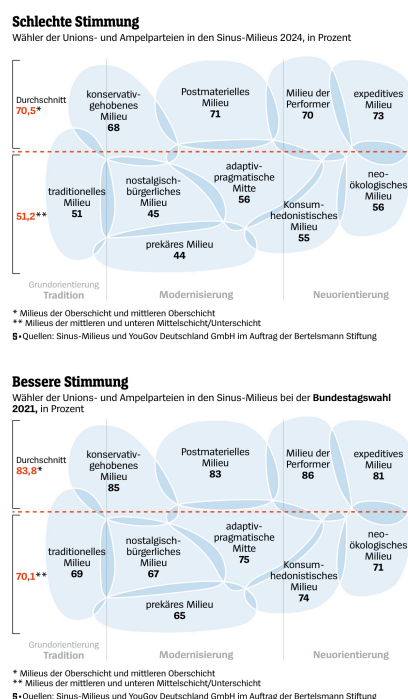
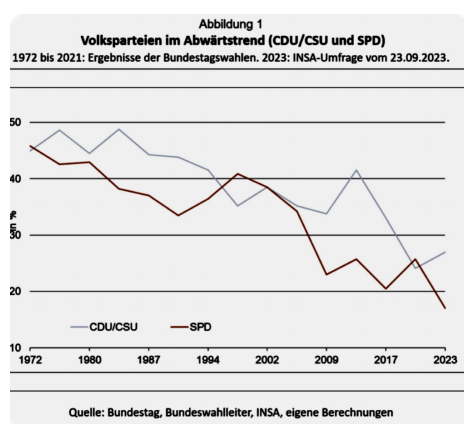
⁶¹ Wallroth, Erich, Lübecks Eigenart als Gemeinwesen, Eine Rückschau, Lübeckische Blätter, 68. Jahrgang 1926, Lübeck 1927, S. 362; <https://michaelbouteiller.de/erich-wallroth-luebecks-eigenart-als-gemeinwesen/>

⁶² a.a.O. S.363

⁶³ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Godesberger_Programm#:~:text=Das%20Godesberger%20Programm%20war%20von,November%201959.

Nach 1966 löste sich die gesellschaftliche Spaltung in »Bürger | Werktätige«, wie sie Julius Leber 1921 beschreibt⁶⁴, und damit das gesellschaftliche Klassenbewusstsein langsam auf. Mit dem Klassenbewusstsein, das dem Werktätigen Zusammenhalt gab, wie das Willy Brandt für die 1920er Jahre anschaulich beschreibt,⁶⁵ und dem Bürger im Gegenüber kollektives Selbstbewusstsein, erledigte sich auch das Kampfmittel des politischen Generalstreiks⁶⁶. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt heute bei ca. 17,4%.⁶⁷

Die Soziologen untersuchten diese Entwicklung empirisch und nannten das Ergebnis ihrer Untersuchungen „Diversifizierung in Milieus“. ⁶⁸ Der Klassenbegriff hatte ausgedient.⁶⁹ Mit der Verankerung von gesellschaftlichen Gruppen in „Milieus“ verschwand quasi als self-fulfilling prophecy die gesamtgesellschaftliche



64 Julius Leber., Lübecker Volksbote, 2.9.1921, S. 1

65 Willy Brandt., Links und frei, Mein Weg 1930-1950, Hamburg 1982, S 21

66 taz vom Freitag, 2.2. (Seite 12), Streik gegen rechts von Martin Kempe Streiks sind in Deutschland entpolitisiert. Es ist Zeit, dass die Gewerkschaften Arbeitskämpfe als Mittel des zivilen Ungehorsams ins Spiel bringen, <https://www.taz.de/15985992>

67 <https://www.iwkoeln.de/studien/carolin-denise-fulda-weniger-repraesentativitaet-durch-strukturdefizite.html#:~:text=Im%20Jahr%202021%20lag%20der,2018%2C%20jeder%20sechste%20Arbeitnehmer%20Gewerkschaftsmitglied.,> abgefragt 13.2.2024

68 Lepsius, Mario Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft . In: Abel, Wilhelm (Hg.): Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte . Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371; Freche, Julian, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919–1933), Kiel/Hamburg 2019; dazu kritisch: Buss, Hansjörg, Rezension zu Julian Freche, Milieus in Lübeck während der Weimarer Republik (1919-1933) (Kieler Schriften zur Regionalgeschichte 4), Kiel/Hamburg: Wachholtz 2019, 415 S., ISBN 978-3-529-03604-0, Zeitschrift für Lübeckische Geschichte, Band 100 (2020/21), S.744

69 Mau, Steffen/Lux Thomas /Westheuser Linus, Triggerpunkte, Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023, S. 76; dort zur »demobilisierten Klassengesellschaft«, S.111, 112

Kohärenz. Die Zergliederung in Milieus zerstörte in der Folgezeit mit dem Klassenbewusstsein auch die sogenannten Volksparteien.

Im Zentrum der wissenschaftlichen Betrachtung von Gemeinschaften stand danach (ab 1980) mit dem steigenden Wohlstand in Westeuropa und den USA⁷⁰ die Tendenz zur gesellschaftlichen »Individualisierung« auf dem politischen Programm. Damit öffnete sich Tür und Tor für die Ideologie des »Neoliberalismus«. Dessen Bedeutung kann bei Poul F. Kjaer, dem Professor an der Copenhagen Business School und Herausgeber von „The Law of Political Economy: Transformation in the Function of Law“ (2020), nachgelesen werden.

Poul Kjaer erinnert an Margret Thatchers spitze These „Es gibt keine Gesellschaft“ (1987) und stellt zurecht fest: »Diese These steht im Zentrum des neoliberalen Epistémè und die Probleme, mit denen der westliche Teil der Weltgesellschaft konfrontiert ist, lassen sich weitgehend auf diese ontologische Ausgangslage zurückführen. Die vorherrschende Weltanschauung der letzten vier Jahrzehnte (1980-2020, MB) wurde von einer methodisch individualistischen Prämisse abgeleitet, die zu der Annahme führte, dass die Summe der Handlungen von Individuen der Gesellschaft entspricht. Dieser unreflektierte Sprung vom Mikro zum Makro taucht in juristischen Diskursen auf, die alles von der Wahlkampffinanzierung in den USA bis zum EU-Wettbewerbsrecht und der EU-Wettbewerbspolitik betreffen.«⁷¹

Was trägt nun diese eben genannte Klärung zum Thema »Neoliberalismus« auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zum Verständnis einer städtischen Gesellschaft, etwa derjenigen Lübecks, bei? Zunächst zum Zusammenhang von Neoliberalismus und Postdemokratie: Colin Crouch (2003)⁷² analysiert am Beginn des 21. Jahrhundert die Entwicklung demokratischer Prozesse und diejenigen der dazugehörenden politischen Institutionen. Wie werden die Entscheidungen der politischen Parteien und in deren Folge die Regierungen gesteuert?

Er sieht die Wahlvorgänge in Parteien für das Führungspersonal und die Beschlüsse in Sachfragen zunehmend vom Führungspersonal selbst beherrscht. Das Gemeinwesen befindet sich infolgedessen auf dem Weg in die Steuerung durch Eliten. Parteimitglieder und am Ende die Wähler und Wählerinnen verlieren an Einfluss. Unterstützt wird der Entscheidungsprozess des Führungspersonals durch externe hauptberufliche Berater, die marktgängige Produkte gegen Bezahlung abliefern (Prognosen erstellen, »Wirtschaftsweise« usw.).

Das Beratungsgewerbe hat Hochkonjunktur. Diese Verlagerung der Beratung auf externe gewerblich tätige »Experten« ist Teil des neoliberalen Modells: Die Bedeutungsverlagerung auf private, marktgängige Pro-

⁷⁰ Robert Reich, Superkapitalismus, Frankfurt a.M. 2008

⁷¹ Poul A.Kjaer, Was kommt nach dem Neoliberalismus? Vier Vorschläge für ein neues Gesetz der politischen Ökonomie jenseits von Strukturliberalismus und Strukturmarxismus, Verfassungsblog, 31.8.2020,

⁷² Colin Crouch, Postdemokratie, e-book, Berlin 2012

dukte. Diese Marktrationalität oder -effizienz hat sich seit Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre - wie beschrieben - unter dem Begriff „Neoliberal“ (Milton Friedman, Lambsdorff-Papier 1982⁷³) durchgesetzt (vgl. zur Diskussion auch Poul Kjaer, Was kommt nach dem Neoliberalismus? Vier Vorschläge für ein neues Gesetz der politischen Ökonomie jenseits von Strukturliberalismus und Strukturmarxismus, 31.8.2020, Verfassungsblog).

Voraussetzung waren der Niedergang des Keynesianismus (staatliche Steuerung der Nachfrage bei Gütern und Dienstleistungen) Anfang der 1970er Jahre, der Ölpreisschock 1973, die Wahlen von Margaret Thatcher (1979) und Ronald Reagan (1981) sowie der Aufstieg der Chicago School of Economics unter Milton Friedman (1912-2006).⁷⁴ Diese Ereignisse markieren auch den Beginn des Prozesses der Postdemokratisierung. Ein Weg, der von der aktiven Beteiligung an den leitenden Entscheidungen in den bloßen Konsum oder Genuss des Endproduktes führt. Vom Citoyen zum Bourgeois.

Die Auswirkungen des postdemokratischen Denkens auf das politische System lassen sich am Beispiel der Politik des Kabinetts Gerhard Schröder - Josef Fischer (1998-2005) darstellen. Dessen „Programm 2010“ der „Neuen Mitte“ führte bei der SPD nicht nur zum Verlust von ca. 400.000 Parteimitgliedern. Es deregulierte ferner den Arbeits- und Finanzmarkt (Niedriglohnsektor, Absenkung der Rente auf 45%, Flexibilisierung des Bankensektor, Absenkung der Einkommenssteuer von 51% auf 42%, Abschaffung der Erhebung der Vermögenssteuer). Die Partieliten führten die SPD und die Grünen⁷⁵ ferner zur Beteiligung an Kriegen ohne UN-Mandat (Kosovo, Irak, Syrien, Afghanistan). Diese Kriegsbeteiligungen waren völkerrechtswidrig.

Die praktische Spitze der strategischen Ausrichtung in der Politik unseres Landes auf privaten Individualismus hin findet sich auch bei dem Lübecker Robert Habeck. Der Parteivorsitzende der „Grünen“, formulierte es so: *»In der Politik ist Sprache das eigentliche Handeln. Ganz buchstäblich. Indem Eide geschworen oder Verfassungen und Gesetze beschlossen werden, tritt eine neue Wirklichkeit in Kraft.«*⁷⁶ Mit dieser Theorie der Sprache kommt Habeck über den Idealismus des 18. Jahrhunderts eines Friedrich Hegel nicht hinaus. Friedrich Hegel stellte die Lebenswelt des normalen Menschen auf den Kopf. Anlässlich der Französischen Revolution 1789 schreibt er :

73 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/01/Neoliberalismus.pdf>

74 Kjaer PF. The Law of Political Economy: An Introduction. In: Kjaer PF, ed. The Law of Political Economy: Transformation in the Function of Law. Cambridge: Cambridge University Press; 2020:1-30. doi:10.1017/9781108675635.001; <https://verfassungsblog.de/what-comes-after-neoliberalism-2/>

75 <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/01/Offener-Brief-Reiner-Braun-Werner-Ruf-an-Winfried-Nachtwei-2-3.pdf>

76 Habeck, Robert, Wer wir sein könnten. Warum unsere Demokratie eine offene und vielfältige Sprache braucht, e-book, Köln 2018, S.17; dazu Klau-Dieter Mai, Es ist Zeit, sich der Realität zu stellen: Warum sich das Denken in Ideologie flüchtet und wohin der Widerstand des Wünschens gegen die Wirklichkeit führt, NZZ 28.3.2021: *»Nicht die Sprache ist die letzte Instanz für das Wirkliche, sondern das Wirkliche für die Sprache. Wer versucht, die Welt auf den Kopf zu stellen, würde in einem luziden Moment nur feststellen, dass er selbst auf dem Kopf steht.«*

„Solange die Sonne am Firmament steht und die Planeten um sie herum kreisen, war das nicht gesehen worden, dass der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem baut. Anaxagoras hatte zuerst gesagt, daß der „nous“ die Welt regiert; nun aber ist der Mensch dazu übergegangen, zu erkennen, daß der Gedanke die geistige Wirklichkeit regieren soll. Es war dies somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Eine erhabene Rührung hat in jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat die Welt durchschauert, als sei es zur wirklichen Versöhnung des Göttlichen mit der Welt erst gekommen.“ Und auch noch als preußischer Staatsphilosoph feierte Hegel alljährlich das Ereignis der Revolution.“ ⁷⁷

Erst Karl Marx und Friedrich Engels aber stellten diese irrealen Geisteswelt Hegels wieder auf die Füße. Robert Habeck hat mit seiner Philosophie vergessen, dass das textierte Wort in der Politik die Tat braucht, d.h. tatkräftige Menschen, die die Worte und geschriebenen Texte in die Wirklichkeit transformieren.⁷⁸ Andernfalls bleibt es bei »Kopfgeburten«, zu denen Günter Grass das Erforderliche gesagt hat (1980).⁷⁹ In der rechtsstaatlichen Demokratie sind zunächst die ermächtigenden Wähler und Wählerinnen gefragt, dann eine tatkräftige Regierung. Ferdinand Lassalle hat 1862 unsere Frage kurz und bündig beantwortet. Auf die Frage, was denn eine Verfassung sei, war seine Antwort: die realen Machtverhältnisse.⁸⁰

Weil die normale Lebenswelt der Menschen aber von ihren Interessen und Bedürfnissen bestimmt ist und nicht von Kopfgeburten à la Habeck, kommt es zu der in der Nachkriegsgeschichte wohl einmaligen krachenden Niederlage des Entwurfes des »Gebäudeenergiegesetzes« 2024. Dieses sogenannte Heizungsgesetz betrifft nämlich die Lebenswelt der gesamten Republik mit ihren 43,3 Millionen Wohnungen und rd. 85 Millionen Bewohnern und Bewohnerinnen, ein Umstand, der offenbar einfach vergessen wurde. Mit der Wärmefrage und dem Zugriff auf das eigene Zuhause regelt der Gesetzesentwurf bei der gegebenen Vermögensspreizung das oftmals einzige Hab und Gut der Nichtbesitzenden 65%, also von rund 54.000.000 Menschen.

Die dadurch ausgelösten Besitzängste waren für jedermann mit unverstelltem Blick voraussehbar. Offenbar galt diese filterlose Wahrnehmung der Lebenswelt indes nicht für den für die Regelung verantwortlichen Vizekanzler Robert Habeck und dessen Ministerium.

Das Ergebnis ist insgesamt desaströs und führt zu bisher nicht zu übersehenden Folgen für das Ansehen der deutschen Politik. Die mit einem falschen Wahrnehmungsfilter verbundene groteske Sprachphilosophie unseres Vizekanzlers läßt die Zustimmungswerte der an der Regierung beteiligten Parteien infolgedessen auf rd.30% fallen.

⁷⁷ Karl Löwith, Von Hegel zu Nietzsche, Hamburg 1995, S.245

⁷⁸ MB, Das geistige Verbrechen aus Deutschland, <https://michaelbouteiller.de/das-geistige-verbrechen-der-deutschen/>

⁷⁹ Günter Grass, Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus, Göttingen (Erstausgabe 1980) ebook 2015

⁸⁰ Ferdinand Lassalle, Über Verfassungswesen, 1862, <https://www.marxists.org/deutsch/referenz/lassalle/1862/xx/verfassungswesen.htm>

Sonntagsfrage Bundestagswahl

[Startseite]

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ...

Institut	Allensbach	Verian (Emnid)	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	GMS	Infratest dimap	INSA	Yougov	Bundestagswahl
Veröffentl.	21.12.2023	20.01.2024	16.01.2024	12.01.2024	03.01.2024	04.01.2024	20.01.2024	11.01.2024	26.09.2021
CDU/CSU	34 %	31 %	31 %	31 %	33 %	31 %	30 %	29 %	24,1 %
SPD	17 %	14 %	13 %	13 %	14 %	14 %	13 %	15 %	25,7 %
GRÜNE	15 %	16 %	14 %	14 %	13 %	13 %	13 %	12 %	14,8 %
FDP	5 %	4 %	4 %	4 %	6 %	5 %	5 %	6 %	11,5 %
DIE LINKE	3,5 %	4 %	4 %	4 %	3 %	4 %	3 %	5 %	4,9 %
AfD	18 %	22 %	22 %	22 %	23 %	22 %	22 %	24 %	10,3 %
FW	3 %	3 %	3 %	4 %	3 %	3 %	3 %	2 %	2,4 %
Sonstige	4,5 %	6 %	9 %	BSW 4 % Son. 4 %	5 %	8 %	BSW 7 % Son. 4 %	7 %	6,3 %
Erhebung	F • 1.013 01.12.–14.12.	T • 1.359 09.01.–11.01.	T • 2.504 09.01.–15.01.	TSM • 1.337 09.01.–11.01.	TOM • 1.004 27.12.–02.01.	TOM • 1.321 02.01.–03.01.	TOM • 1.203 15.01.–19.01.	O • 1.614 03.01.–08.01.	

In der Lübecker Gesellschaft sehen wir die Auswirkungen dieser Ideologie des herrschenden postdemokratischen Denkens am besten in der Kulturpolitik. Im Vordergrund stehen dabei Versuche, die städtische Kulturpolitik zu privatisieren.⁸¹ Anhaltspunkte sind neben dem Entwurf der Lübecker Kulturleitlinien⁸² die Projekte des früheren Direktors der Overbeck-Gesellschaft, einer der Tochtergesellschaften der Gemeinnützigen, Oliver Zybok (2015-2023), der den aktiven Einbezug der Stadtgesellschaft in staatlichen und kommunalen Bildungseinrichtungen entsprechend dem »Beutelsbacher Konsens« (1976) missachtete, nämlich die dreifache Verpflichtung, wie sie die Bundeszentrale für politische Bildung ausgearbeitet hat: 1. Das Indoktrinationsverbot, 2. Das Gebot der Kontroversität und 3. Das Gebot der Schülerorientierung.

Die Einhaltung dieser drei Grundsätze wäre auf kulturellem Gebiet eine gewisse Barriere gegen den Versuch, die städtische Kulturpolitik zu privatisieren, und sie damit in die Hände der städtischen Elite zu legen. Darauf liefe nämlich im Ergebnis die Übertragung der im Entwurf der Lübecker Leitlinien vorgesehenen Kultursteuerung von dem städtischen Kulturdezernat auf die Possehl-Stiftung und den Direktor der Overbeck-Gesellschaft, Oliver Zybok, hinaus. Mit der Abkoppelung kultureller Entscheidungen von dem Kulturdezernat wäre - ganz im Sinne Erich Wallroths -, die Entscheidung in die Hände einer privaten Korporation gelegt, gewissermaßen privatisiert. Das wurde 1926 z.B. mit der Übertragung der Vorbereitung der umstrittenen 700-Jahrfeier der Reichsfreiheit auf die »Gemeinnützige« durch den Regierenden Bürgermeister Neumann erfolgreich versucht.⁸³

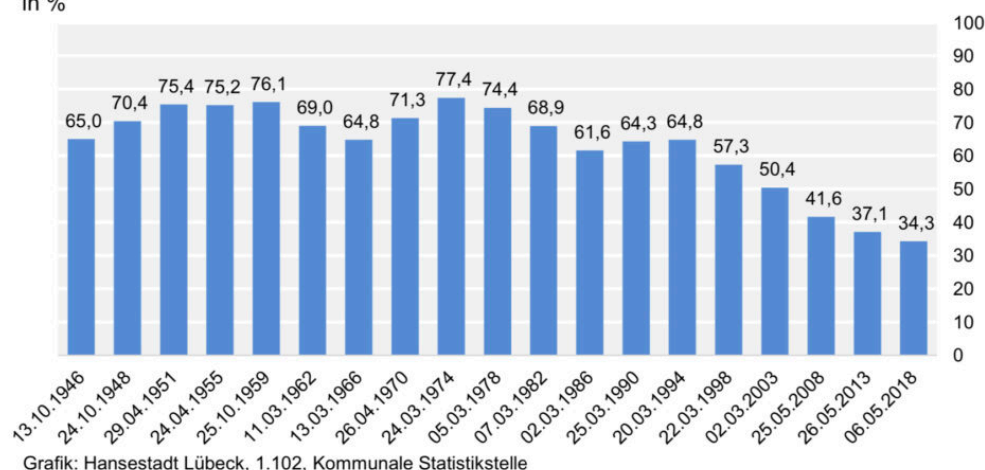
Die Abkoppelung der Besitzenden von den Nichtbesitzenden mag heute in den Zeiten der Herrschaft digitaler Medien - anders als in den 1920er Jahren im analogen Zeitalter - nicht mehr unmittelbar bemerkt werden. Es fällt jedoch auf, dass offenbar ein Zusammenhang von Besitz / Nichtbesitz und Wahlbeteiligung besteht. Während zu vermuten ist, dass die Nichtbesitzenden 65% eher kein Interesse mehr an Kommunalwahl-

⁸¹ https://michaelbouteiller.de/?page_id=2276

⁸² <https://michaelbouteiller.de/?p=2214>

⁸³ MB, Lübecker Lügengeschichten, S.79, https://michaelbouteiller.de/?page_id=3258

Wahlbeteiligung der Kommunalwahlen seit 1946
in %



Grafik: Hansestadt Lübeck, 1.102, Kommunale Statistikstelle

len haben, ihre Interessen und Bedürfnisse stehen dort im Hintergrund⁸⁴, liegt der Fall bei den 35% Besitzenden wahrscheinlich anders. Sie verteidigen vehement den Bestand ihrer auch kommunalen Interessen.⁸⁵

⁸⁴ https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-ampel-verliert-besonders-bei-sozial-schwaecheren-a-b0f4176a-fab3-4f6d-8ced-3853856f795a?sara_ref=re-so-app-sh

⁸⁵ vgl. zur Wahlabstinenz: »Es gibt einen politischen Einflussbias zugunsten der Bessergestellten und zugleich eine überproportionale Wahlabstinenz bildungsferner und einkommensschwacher Schichten«, Mau, S.112, und dort FN 96: »Erfolgte die Wahl früher stark nach Klassenzugehörigkeit - mit der Daumenregel: je weniger wohlhabend, desto eher wird links gewählt -, hat sich dieser Zusammenhang nun abgeschwächt, hoch gebildete Gruppen spielen für linke Wahlerfolge eine weitaus größere Rolle; siehe Gethin/Martínez-Toledano/Piketty, Political Cleavages and Social Inequalities, a. a. O. Die inhaltliche Neuausrichtung hat innerhalb linker Parteien zu durchaus kontroversen Diskussionen geführt, weil einerseits darauf verwiesen wurde, dass ohne diese Öffnungen eine inhaltliche wie elektorale Marginalisierung drohe, andererseits aber eine Entfremdung von der Kernklientel befürchtet wird.«; Michael Hartmann: Eliten - Geschlossene Gesellschaft | Wiener Stadtgespräch, <https://youtu.be/eepx-B6CdJw>

Teil 2: Von der Wiedergeburt des Politischen

Im ersten Teil dieses Skripts habe ich beschrieben, wie sich die Spaltung in Bürger und Werktätige, d.h. das alte Klassenbewusstsein des 19. Jahrhunderts zunächst in Milieus verflüssigte (1960 ff.) und zuletzt individualisierte (1980 ff.). Das Ende dieses Prozesses beschreibt Margret Thatcher 1987 zutreffend mit: »Es gibt keine Gesellschaft«. Erich Wallroths hellsichtige Schrift von 1926 war mit seiner modellhaften Beschreibung des Lübeck der 20er Jahre dabei hilfreich.

Mit der dort erkannten Privatisierung von staatlichen Entscheidungen im »alten« Lübeck verbunden war der Sieg der Geldgeber und Geldgeberinnen über die Politik. Denn in den die Politik bestimmenden Vereinen und Gesellschaften herrscht das private Kapital. Am Beispiel der USA, die ihre Verfassung von 1787 konsequent auf den Schutz des Besitzindividualismus⁸⁶ ausgerichtet haben⁸⁷ lernen wir, wie schwer es ist, die herrschende Politische Theorie und die daraus erwachsene Organisation zu dekonstruieren.

Der Schock, den die Correctiv-Gruppe mit der detaillierten Nachricht von dem Potsdamer Treffen des völkischen Netzwerkes am 23.11. 2023 im Landhaus Adlon auslöste, hat vielleicht die Kraft, die genannte Dekonstruktion zu bewirken und die geistige Starre unserer politischen Elite zu verflüssigen. Die Lage erinnert an den Schock des Bürgertums von 1912. Die damals sozialistischen Sozialdemokraten werden in der Reichstagswahl mit 34,8% stärkste Fraktion (110 Abgeordnete). Sie gewinnen 5,9% hinzu.⁸⁸ Dieses Ereignis löste beim Bürgertum reichsweit hektische und nachhaltige Gegenreaktionen aus.

So gründete Hugenberg, der Chef des Krupp'schen Direktoriums, 1912 seinen in den Faschismus führenden Medienkonzern mit dem Ankauf des Berliner Scherl-Verlages, Emil Possehl verfasste 1912 im Auftrag des Alldeutschen Verbandes (AV) eine Denkschrift an das Reichsamt des Inneren, in der ein wirtschaftlicher Generalstab zur Sicherstellung der Versorgung des Deutschen Reiches im vom AV erwünschten und erwarteten

⁸⁶ C.B. Mcpherson, Die politische Theorie des Besitzindividualismus, Frankfurt a.M. 1990

⁸⁷ <https://michaelbouteiller.de/?p=4785>

⁸⁸ Reichstagswahl 1912 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahlen_in_Deutschland, 27.3.2021; zum Reichstagswahlrecht: https://de.m.wikipedia.org/wiki/Wahlrecht_im_Norddeutschen_Bund_und_im_Deutschen_Kaiserreich, 7.7.2021

ten „großen Krieg“ vorgeschlagen wurde.⁸⁹ Possehl und der Lübecker Senator Neumann waren auch Gründungsmitglieder des 1912 in Berlin auf Anstoß des AV gegründeten Deutschen Wehrvereins. Aus Anlass der Niederlage des Deutschen Reiches in der Zweiten Marokkokrise 1911 setzte sich der Wehrverein für die unverzügliche Aufrüstung der kaiserlichen Armee ein, ganz im Sinne der geschäftlichen Interessen Possehls im Erz- und Stahlhandel.

Die Kriegsziele des Wehrvereins und des AV unterstützte Possehl nicht nur aus Profitinteresse. Nach der Niederlage des Deutschen Reiches 1918, der Anklage und einjährigen Untersuchungshaft wegen Landesverrats in Hamburg 1916 und dem nur wegen angeblich krankheitsbedingt fehlendem Vorsatz erfolgtem Freispruch vor dem Reichsgericht in Leipzig sprach er erbittert vom »Judenfrieden« von Weimar.⁹⁰ An Curtius schreibt er 1912, voll Unzufriedenheit mit dem strategischen Kleinmut der Reichsregierung und der bürokratischen Verzettelung in seinem Heimatstaat:

„Im übrigen bin ich so unzufrieden wie Du. Es scheint als wenn wir in Deutschland durch ein großes Blutbad gehen müssen, um wieder gesunde Verhältnisse und gesunde menschliche Anschauungen zu bekommen, wie sie die Folge der Erziehung des preußischen Volkes von 1807 - 1815 waren.“ - „Politisch sehe ich die Lage düster an. In England allgemeine Meinung (täglich an den großen englischen Börsen), Germaniam esse delendam⁹¹ (Deutschland muss zerstört werden, MB)‘. Es wird terrible. Sei es nun jetzt oder in einigen Jahren, wir sind nicht in dem Verhältnis gerüstet wie anno 70 und wirtschaftlich nicht organisiert und deshalb nicht stark und das trifft das Leben unseres Volkes.“⁹²

Der AV verstärkte unter seinem rassistischen, völkischen Vorsitzenden Heinrich Claß⁹³ die völkische Sammlungsbewegung der bürgerlichen Elite mit bald ca. 150.000 Mitgliedern. »Deutschland wach auf!«⁹⁴. Das völkische Netzwerk der Vereine und Wallroth'schen Korporationen legte sich mit ihren führenden Personen damals nach und nach über die staatlichen Strukturen

89 Stegmann Radikalisierung, 48 f.; vgl. insbesondere Kreutzfeldt, S. 49, Anm.152: »Wie aus den Aufzeichnungen Clemens v. Delbrücks, des damaligen Staatssekretärs im Reichsamt des Innern hervorgeht, scheiterten alle Versuche, vor 1914 eine „wirtschaftliche Mobilmachung“ des Reiches zu erreichen, an dem Zögern Bethmann Hollwegs und dem heftigen Widerstand seines Reichsschatzsekretärs Kühn. Delbrück hatte sich bekanntlich schon früh für solche wirtschaftlichen Schutzmaßnahmen eingesetzt, wie sie auch von Possehl gefordert wurden. (Vgl. dazu Clemens von Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914, herausgegeben von Joachim v. Delbrück, München 1924, S. 63 ff.)«

90 Goette, Jürgen-Wolfgang, Emil Possehl, Nationalist und Mäzen, Unser Lübeck, 8.7.2016, <https://www.unser-luebeck.de/magazin/stadt/5845-emil-possehl-nationalist-und-maezen>

91 s.dazu <https://www.geocities.ws/dikigoros2/germaniaesse.htm>

92 Curtius, S. 199; <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/04/Curtius-198-214.pdf> ;

93 Leicht,Johannes, Heinrich Claß 1868-1953. Die politische Biographie eines Alldeutschen, Paderborn 2012

94 https://de.m.wikipedia.org/wiki/Alldeutscher_Verband, abgerufen 25.1.2024

Man kann nur hoffen, daß der Schock, den die »Potsdamer Konferenz« auslöste, es erstens nachhaltig vermag, über die 35% der Besitzenden hinaus Teile der Nichtbesitzenden an die Wahlurnen zurückholen. Erfolgreich wird ein breiter »Aufstand der Anständigen«, zu dem sich heute auch führende Industrielle gesellen, aber zweitens nur sein, wenn es gelingt, die politische Elite der Bundesrepublik aus dem Verwaltungsmodus zurück in den politischen Modus zu versetzen und die Übernahme von völkischem Führungspersonal zu verhindern.

Ein vernichtendes Gegenbeispiel für die verdrehten Wahrnehmungsfilter in den Köpfen der Bundeskabinette (ab 1991) war die Anstellung im Innenministerium durch Otto Schily und spätere Besetzung des Amtes des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen (2012-2018). Maaßens Karriere ist ein Musterbeispiel für die blinden Kopfgeburten seiner Vorgesetzten in Regierungsämtern.⁹⁵

Auf Seiten der Steuerbürger und -bürgerinnen ist es die skandalöse Vermögensspreizung und deren steuerliche Begünstigung durch politische und wirtschaftliche Eliten mit ihrer weitaus überwiegenden Herkunft aus den oberen 4% der obersten Einkommensbezieher, wie sie [Michael Hartmann beschreibt](#).⁹⁶ Diese Elite ist mitverantwortlich für den Aufstieg der AfD, denn die unterlassene Gegenwehr begründet in der »Mitte der Gesellschaft« den Hass auf »die da oben« und die begründete Furcht vor Verarmung. Hinzu kommt der entscheidende Einfluss der politischen und wirtschaftlichen Eliten auf die Besteuerung der großen Vermögen. Der in früheren Zeiten mit dieser Privilegierung der Vermögenden verbundene »Kampf der Klassen ... wird heute von einer Konkurrenz der Statusgruppen und einem Wettbewerb der Individuen überlagert.«⁹⁷ Die Soziologen nennen diese Form der öffentlichen Bewusstseinstrübung »Meritokratie«.

Entscheidend für die relative »soziale Ruhe«, die wir in Deutschland im großen und ganzen feststellen, ist das Anwachsen der Mittelschicht von 25% im Kaiserreich (1871-1919) auf heute 46,5% und die damit verbundene Steigerung des Wohlstandes. Nur, die sogenannte »Mitte«, die in den »Mitte-Studien« der Friedrich-Ebert-Stiftung⁹⁸ (seit 2006) untersucht wird, ist ein soziologisches Konstrukt (die Mitte) und keine handlungsfähige Gemeinschaft.⁹⁹

⁹⁵ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hans-Georg_Maa%C3%9Fen, abgefragt 28.1.2024

⁹⁶ <https://www.youtube.com/watch?v=k72g7Sc90ZQ>; Hartmann, Michael, Die Abgehobenen, Wie die Eliten die Demokratie gefährden, Frankfurt a.M. 2018

⁹⁷ Steffen Mau/Thomas Lux/Linus/Westheuser, Triggerpunkte, Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2022, S. 73

⁹⁸ Andreas Zick · Beate Küpper · Nico Mokros (Hg.), Die distanzierte Mitte, Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23
Bonn 2023

⁹⁹ Klaus Dörre, So besiegen wir die AfD: im Alltag, im Betrieb, in der Politik, FREITAG vom 15.2.2024, S. 6, [https://www.google.com/gasearch?q=So besiegen wir die AfD: im Alltag, im Betrieb, in der Politik&source=sh/x/g/s/m%2F](https://www.google.com/gasearch?q=So%20besiegen%20wir%20die%20AfD%3A%20im%20Alltag%2C%20im%20Betrieb%2C%20in%20der%20Politik&source=sh/x/g/s/m%2F)

Entscheidend für die Entstehungsgründe des Faschismus sind indes - ähnlich wie in der Weimarer Zwischenkriegszeit - die Einstellungen der wirtschaftlichen und politischen Eliten, wie das heute wieder Michael Hartmann am Beispiel der Entscheidungen im deutschen Steuerwesen aufgezeigt hat.¹⁰⁰ Denn die Leitentscheidungen zur Steuerung der Vermögensverteilung des Gemeinwesens und damit der Politik werden nicht vom »Volk«, vom »Staat« oder einem sonstigen Geistwesen getroffen, sondern von leibhaftigen Funktionsträgern und -trägerinnen.

Dabei spielen ökonomische Zwangspunkte im Ergebnis keine Rolle. Eher sind es Vorstellungen kultureller Art in den Augen der tragenden Eliten.¹⁰¹

Und es sind Risikoabwägungen der Thinktanks (etwa in den USA das konservative Cato-Institut der Kochs)¹⁰² über den Einfluss derartiger Umverteilungsbeschlüsse im Steuerrecht auf das Wahlverhalten. Bei den mit hohen Vermögen und dadurch verliehenen politischer Macht ausgestatteten Milliardäre handelt es sich überwiegend um eine »geschlossene Gesellschaft«¹⁰³

Dieser »Geschlossenen Gesellschaft« der Milliardäre fehlt ein Gegenüber in einer »Offenen Gesellschaft der Zukunft«, d.h. einer Klasse von Menschen, die über ein Klassenbewusstsein gebündelt sind, das Klima und Soziales verbindet.



Die Eliten und der Aufstieg des Rechtspopulismus - Michael Hartmann



vhsrt - Volkshochschule Reutlingen
14.700 Abonnenten

Was ist die Lage? Um ein für die anstehenden Themen erforderliches Narrativ zu erarbeiten, ist es m.E. nützlich, darüber nachzudenken, wie ein »Neues Klassenbewusstsein« hergestellt werden kann. Warum Klassenbewusstsein? Weil der Begriff der »Klasse« und Ableitungen davon wie z.B. »Klassenbewusstsein« zu Unrecht aus der wissenschaftlichen Betrachtung verschwunden sind.¹⁰⁴ Nicht die Lebenswelt dahinter hat sich verändert, sondern die Wahrnehmung davon in der universitären Wissenschaft. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

¹⁰⁰<https://www.youtube.com/watch?v=k72g7Sc90ZQ>; zur Vermögensspreizung auch die Auseinandersetzung mit Piketty: Ist die Welt wirklich so ungerecht?, DER SPIEGEL Nr. 8 / 17.2.2024, S.62

¹⁰¹ Christopher Lasch, Die blinde Elite, Macht ohne Verantwortung, Hamburg 1995; Bernd Rürup, Der Kitt, der die Gesellschaft zusammenhält, Hblatt, 9.2.2024, S. 19

¹⁰² https://de.m.wikipedia.org/wiki/Cato_Institute, abgefragt 11.2.2024

¹⁰³ Michael Hartmann, Eliten - Geschlossene Gesellschaft | Wiener Stadtgespräch, <https://youtu.be/eepx-B6CdJw>

¹⁰⁴ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Soziale_Klasse, abgerufen 23.2.2024; vgl. zum Versuch, den Gebrauch „Klassenbegriff“ als verfassungsfeindlich zu behandeln Buterwegge, Ein Gespenst geht um in Deutschland - der Klassenbegriff, in Junge Welt, Juni 2024, Sonderausgabe S. 5

In der Ideologie der 1970er Jahre wurde der Begriff bewusst verbrannt. Aus »Kapitalismus« wurde »Marktwirtschaft«. Dabei steht der Begriff »Klasse« historisch für die Mobilisierung der Benachteiligten, Nichtprivilegierten - für »die da unten«. Er ist nicht verbraucht. Heute steht er für die »No-Names«. Und er hat heute wieder bildhafte Kraft. Er schreckt die Gegner auf und nimmt die Betroffenen für sich ein. »Wer nicht wahrgenommen wird, ist ein Nichts«¹⁰⁵.

Wichtig: In den USA wird der Klassenbegriff in den politischen Wissenschaften mit hohem Erkenntniswert zur Analyse der politischen Lage und zur Abschätzung der Wahlchancen von Demokraten und Republikanern benutzt. David Brooks verwendet ihn beispielsweise, um abzuschätzen, welche Wahlchancen die Präsidentenbewerber der beiden Parteien haben und was getan wird, um die staatliche Wirtschaftspolitik entsprechend auszurichten.¹⁰⁶

Ohne Mobilisierung der No-Names, keine Veränderung des Status quo. Ohne Klassenbewusstsein keine Wahlmobilisierung. Denn darum geht es. Das »Klassenbewusstsein« ist seinerzeit von Marx/Engels 1847/48 in England zur Mobilisierung der Werktätigen erfunden worden, zum Schutz der Werktätigen vor der mit der Industrialisierung drohenden Ausbeutung im Deutschen Reich und weltweit. Die offensichtlich gewordene Versklavung der Werktätigen im Status quo des 19. Jahrhunderts in England war es, die damals skandalisiert und auf die Tagesordnung gepusht wurde. Kinderarbeit, keine Begrenzung der Arbeitszeit. Keine Gesundheitsfürsorge. Kein Dach über dem Kopf. Armut.

Heute steht mit dem bevorstehenden Kipp-Punkt der Klimaentwicklung ein vergleichbarer Umbruch der Lebenswelt vor der Tür wie damals mit Elektrifizierung, Erfindung des Dynamits und analoger Kommunikation. In Deutschland und weltweit. Ein Umbruch, den der Ökonom und langjährige Geschäftsführer des Club of Rome, Graeme Maxton, spätestens 2034 für wahrscheinlich hält.¹⁰⁷ Das sind noch 10 Jahre, die verbleiben. Und wieder werden - wie das im 19. und 20. Jahrhundert infolge der Elektrifizierung usw. geschah, diesmal wegen des Klimawandels und der Erfindung der KI Menschen verarmen und sterben.

Es gibt allerdings einen großen Unterschied zum 19. und 20. Jahrhundert: Das zukünftige Geschehen ist diesmal - auch dank der Digitalisierung und dem internationalen Stand von Wissenschaft und Technik - weltweit en gros und en détail bekannt. Und es sind nicht - wie das historisch der Fall war, kapitalgetriebene

¹⁰⁵ Wilhelm Heitmeyer, Wer nicht wahrgenommen wird, ist ein nichts, FR v. 5.7.23, S.22 (<https://michaelbouteiller.de/wer-nicht-wahrgenommen-wird-ist-ein-nichts/>)

¹⁰⁶ DAVID BROOKS, The Political Failure of Bidenomics, NYT, Feb. 22, 2024, 5:04 a.m. ET <https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/02/DAVID-BROOKS.pdf>

¹⁰⁷ Am 23.10.2018, also vor vier Jahren, sagte der langjährige Generalsekretär des Club of Rome, der schottische Ökonom Graeme Maxton, es verblieben noch 15 Jahre bis der Kipppunkt von 2 Grad Celsius erreicht und die Existenz der Menschheit in Frage stehe. Das Umdenken und politische Handeln, das von dem Club of Rome seit 1972 gefordert wurde, fand offenbar nicht statt (<https://youtu.be/c9EK9X597KM>); <https://michaelbouteiller.de/?p=5785>

Kriege notwendig, um die Veränderungen in der Lebenswelt zu bewältigen.¹⁰⁸ Der Russisch-Ukrainische Krieg, der Olaf Scholz und Annalena Baerbock angeblich am 24.2.2022 aufweckte,¹⁰⁹ ist es jedenfalls nicht.

KI und Klimawandel werden - wie wir wissen - ohne unser Zutun Milliarden Verlierer produzieren. Diesmal entlang der Klimazonen¹¹⁰ und dort entlang der Blutspur von Besitz und Nichtbesitz¹¹¹: Auch heute stehen wir deshalb wieder vor der Wahl: »*We must make our choice. We may have democracy, or we may have wealth concentrated in the hands of a few, but we can't have both*«, wie das Louis Brandeis in den 1930er Jahren formulierte oder Platon vor 2.500 Jahren in aller Schärfe: »*Jede Stadt, wie klein sie auch sein mag, ist in der Tat in zwei geteilt, die eine ist die Stadt der Armen, die andere die der Reichen; diese liegen miteinander im Krieg.*«

Genau auf diesen Klassenkrieg läuft aber bei der gegenwärtigen allgemeinen Sprachlosigkeit die Status-quo-Politik (oder besser die heutig übliche Status-quo-Verwaltung) des sogenannten »Westens« hinaus. Kein Wunder also, dass rechte und rechtsextreme bis völkische nationalistische Parteien mit ihren gestrigen neo-romantischen Parolen das Sagen gewinnen.¹¹² Denn die liberalen Parteien haben mit ihren globalisierten liberalen Eliten keine plausiblen Antworten auf die Fragen der Arbeiterklasse. Ihnen fehlt es dazu an Empathie und Begrifflichkeit. Keine Alternative bietet die wachsende Zahl der Autoritären. Der Zynismus von Trump, Putin, Xi, Orban, Le Pen, Wilders, Meloni, Weidel und Co. verfängt zwar bei der gleichermaßen wachsende Zahl der Leichtgläubigen. Er löst aber nichts.

Stattdessen fachen derartige Charaktermasken weiter unmenschliche Kriege und Versklavungen einschließlich der damit verbundenen weltweiten Ausbildung zum Massenmord¹¹³ an. Sie stellen letzten Endes nur ein einziges großes Ablenkungsmanöver für den Umstand dar, dass sie sich an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen festklammern, von denen sie leben.

Das ist auch das Schauspiel der führenden westlichen Eliten, die zwar ständig miteinander konferieren, aber die Sprache verloren haben und nichts entscheiden. Statt die zur Vermeidung der Weltkriege 1945 erfundene

108 Paul Kennedy, Aufstieg und Fall der großen Mächte, Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500-2000, Frankfurt a.M. 1987

109<https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2024/02/Verblendung-220402-2-1.pdf>

110 <https://michaelbouteiller.de/die-grosse-aufgabe-unserer-zeit/>; zur Klimafrage: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/friert-europa-ein-der-kollaps-des-nordatlantikstroms-ist-zu-nah-um-ruhe-zu-bewahren-11219353.html>

111 vgl.dazu auch Katharina Meyer zu Eppendorf »Die Hitze verschlimmert alles«, <https://epaper.zeit.de/article/5ee8d411e79b38b423609cf01381bd48ad216b8da1600f53c60cce81e25d2190>

112 Gera, eine gefallene Stadt? <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-22-02-2024/ist-gera-eine-gefallene-stadt-.html>

113 MB, <https://michaelbouteiller.de/?p=5653>

Organisation der Friedenswahrung, die UN, zu ertüchtigen, nehmen sie die Zerstörung des gesamten Lebens in Kauf, vor der Norbert Elias 40 Jahre nach Kriegsende 1985 gewarnt hat.¹¹⁴

Dazu gehört auch, dass der in den westlichen Staaten seit 1945 glücklicherweise gewachsene »Mittelstand« dazu genutzt wird, die Bürger und Bürgerinnen zu entpolitisieren. Das geschah unter dem Schild des Atomkrieges und neuerdings unter einer »Zeitenwende« à la Bundeskanzler Scholz, der leider meint, mit militärischer Aufrüstung sei alles getan.

Wir alle wissen aber, dass diese Analyse Unsinn ist. »Neu« und revolutionär an dem jetzt bevorstehenden »Klassenkampf« der Besitzenden gegen die No-Names wäre allerdings, wenn es heute im Gegensatz zu dem »Jahrhundert der Katastrophen«¹¹⁵ gelänge, ein über die in den verschiedenen Lebenswelten verankerten gesellschaftlichen Gruppen und die isolierten Einzelnen hinausreichendes, allgemeines Interesse und Bedürfnis zu lokalisieren und zu benennen. Widerstand wäre gegen diejenigen zu organisieren, die auf dem Holzweg sind. Das sind zugleich diejenigen, die immer schon ihren Besitzstand an die Carbonwirtschaft gebunden haben.

In den USA sind es z.B. die Koch-Brüder (der eine ist inzwischen gestoben). Milliardäre, die ihr Land mit ihren Gesinnungsgenossen und -genossinnen mit einem medialen und strategischen Netzwerk überzogen haben, um den Kongress in ihrem Carbonsinn zu beeinflussen¹¹⁶ nach dem Motto, wer nicht folgt, bekommt kein Geld, ein Motto, das so in der US-amerikanischen Verfassung von 1787 festgeschrieben ist.¹¹⁷ Und es sind diejenigen, die auch heute noch dafür täglich kämpfen, Vermögen und Einkommen von der staatlichen Gewährleistung einer allgemeinen Infrastruktur und Gefahrenvorsorge abzukoppeln. Ich spreche von den oberen 1% der Vermögenden und den oberen 4% der Einkommensbezieher, wie das zu Recht dargestellt hat.

Das Kabinett Schröder-Fischer in Deutschland ist in dieser Beziehung ein deutsches Trauerspiel. Von 1998 - 2005 wurde die Einkommenssteuer von 51% auf 42% gesenkt, die Erhebung der Vermögenssteuer nicht wieder in Kraft gesetzt, die Erbschaftssteuer abgesenkt und die Renten auf 45% heruntergeregelt. Arbeits- und Finanzmarkt wurden dekonstruiert. Auf rund 45 Mrd. € / Jahr beläuft sich die Mindereinnahme.¹¹⁸ Das gilt auch für die , die heute noch blockiert werden. Um den sozialen Rechtsstaat für den anstehenden Umbruch der Volkswirtschaften in die KI-Wirtschaft und die anstehende Decarbonisierung zu ertüchtigen, ist der Beitrag der Vermögenden indes unerlässlich. Auch europäische Initiativen, die Carbonwirtschaft oder die Vergiftung der Umwelt zu stoppen werden heute noch behindert.

¹¹⁴ MB, <https://michaelbouteiller.de/?p=5653>, S.10

¹¹⁵ Hobsbawm Eric, Das Zeitalter der Extreme, München Wien 1995

¹¹⁶ Jane Mayer, Dark Money, NY 2016

¹¹⁷ MB, Verfassungsgewalt, <https://michaelbouteiller.de/?p=4785>, S.16

¹¹⁸ Auf 45 Mrd.€/Jahr, d.h. 1,5 Billionen € in 35 Jahren summieren sich die Mindereinnahmen nach Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-verlorene-milliarden-5238.htm>

Klassenbewusstsein ist selbstverständlich heute anders zu begründen als vor 100 Jahren. Damals in den Zeiten Julius Lebers (1921) ging es um das Gegensatzpaar »Bürger | Arbeiter«, wie er es nennt.¹¹⁹ Dieser in der damaligen Struktur der Öffentlichkeit deutlich erlebbare Gegensatz im Denken und Handeln der Menschen in der Stadt hat sich - folgt man den Untersuchungen der Soziologen - erst ab den 1960er Jahren von der breiten öffentlichen Sichtbarkeit in Milieus zurückgezogen und dann ab den 1980er Jahren individualisiert.

Gustav Radbruch bringt den alten Gegensatz der Stadtbürger und -bürgerinnen - je nach ihrer Klassenzugehörigkeit auf den Punkt. Er sagt, während das Denken der »Werk tätigen« existenziell begründet sei, sei das Denken des »Bürgers« von Ideen geprägt. Existenziell, d.h., ein in der Lebenswelt von Arbeit und des entsprechenden einfachen Zuhauses gebildetes Denken könne man nur schwer verändern. Anders liege das mit den Ideen. Wer (durch Schule, Universität usw.) gelernt habe, sein Handeln nach Ideen auszurichten, könne schnell die Richtung seines Handelns ändern.

Deshalb, so Radbruch, misstraue die organisierte Arbeiterschaft zu Recht akademisch gebildeten Führungspersonen.¹²⁰ Er, Radbruch, habe sich dieses Vertrauen erworben. Er bezieht sich in dieser Frage wohl auf sein mutiges Verhalten im Kieler Matrosenaufstand 1918. Dort stellte er sich als Universitätsprofessor für jedermann sichtbar auf die Seite der Aufständischen. Er stand als Intellektueller nicht »zwischen den Welten«, sondern hatte sich entschieden. Diese Entschiedenheit gilt es zu mobilisieren!

Was ist heute also der »Hauptwiderspruch«? Es ist das Agieren der beiden Klassen aus der unterschiedlichen Lebenswelt von Besitz und Nichtbesitz heraus. Während die Vermögenden und ihre Korona an ihrer (auch familiengeschichtlich) überkommenen Gedankenwelt der Erhaltung und Vergrößerung ihres Vermögens kleben, ist es bei den »No-Names« die existenzielle Furcht vor Bedeutungslosigkeit und Armut, die sie umtreibt.

Es geht also um die gemeinsame Verteidigung von »Klimazukunft und Sozialstaat«. D.h. um die Gewährleistung der Schutzpflicht gegenüber den No-Names und um Katastrophenvorsorge. Beides ist in unserer Verfassung festgeschrieben.

¹¹⁹ Julius Leber., Lübecker Volksbote, 2.9.1921, S.1

¹²⁰ Radbruch, Gustav, Biographische Schriften, Gesamtausgabe Band 16, Karlsruhe 1988, S. 246

Wie erreichen wir die NoNames? Didier Eribon sagt, das Einzige, was die (alte) Arbeiterklasse, die zu LePen gewechselt sei, noch zusammenhalte und was ihnen geblieben sei (das »Wir«), sei die Nation. Sie sind und bleiben Franzosen. Frankreich sei gegen die Emigranten zu schützen. Dazu seien sie mit allen Mitteln bereit. Den Fremden gelte ihr ganzer Hass. Didier Eribon:

»In Frankreich sind es nicht nur die Arbeiter, sondern im weiteren Sinne die classes populaires, die Leute, die nicht studiert haben. Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Wahl der extremen Rechten. Vor einiger Zeit hat Le Monde mal eine Karte gedruckt, da sah man, wo die Leute Le Pen wählen – der ganze Norden Frankreichs war schwarz: die frühere Hochburg der Linken. Und dann haben sie etwas später noch eine Karte gedruckt, da ging es um das Bildungsniveau – die gleiche Karte. Das heißt nicht, dass die Leute dumm sind, aber sie sind enteignet: ökonomisch wie kulturell. Sie fühlen sich politisch ausgeschlossen.«¹²¹

Thierse sieht das wohl ähnlich. Die Nation als (letzte verbliebene) Heimat:

»In Zeiten dramatischer Veränderungen ist das Bedürfnis nach sozialer und kultureller Beheimatung groß. Eine Antwort auf dieses Bedürfnis ist die Nation. Das nicht wahrhaben zu wollen, halte ich für elitäre, arrogante Dummheit«.

Die Verwendung des Begriffes »Nation« in diesem Zusammenhang teile ich zwar nicht.¹²² Die Beobachtung ist aber zutreffend, wie man sieht (AfD). Der Begriff »Nation« wird dabei erfolgreich auf der Grundlage ethnischer Homogenität benutzt. Es gilt, » eine homogene Gemeinschaft der Deutschen durchzusetzen«¹²³

Es wird also in der Sache nicht anders funktionieren als den sozialen Kipp-Punkt der Mitterand, Thatcher, Clinton, Schröder-Fischer Kabinette zurückzuholen mit allen finanziellen Folgen: Die inzwischen desolate soziale und personale Lage vom Kindergarten bis zur Uni, zur Pflegestation, wo die Besitzlosen einkoten, Arbeits- und Gesundheitsverwaltung, öffentlichem Verkehr und Wohnen - eben die ganzen vernachlässigten

¹²¹ Die Zeit, 10/2024, S. 3.

¹²² <https://michaelbouteiller.de/wolfgang-thierses-vergeblicher-kampf-gegen-die-windmuehlen/>

¹²³ Steffen Kailitz, »Ich kann die Vorsicht verstehen«, taz 12.3.2024, S.7: » Die AfD ist Teil dieser Identitären Rechten. Es ist eine andere Spielart des Rechtsextremismus, die nicht ganz so hart ist wie die Neonazi-Szene oder NPD. Aber das grundlegende Ziel ist auch hier: eine homogene Gemeinschaft der Deutschen durchzusetzen. Das ist der gemeinsame Nenner.«

Lebensbedingungen der NoNames in die Sorge zu nehmen. Ein Billionen-€-Programm,¹²⁴ wenn wir die »Europäische Stadt«¹²⁵ nicht verlieren wollen.

Das gilt auch für die Kultur. Wie soll denn - verdammt nochmal - der NoName, die »classe populaire«, wie Eribon sagt, die nicht studiert hat, Zugang und Anregung finden in einer nach dem Gutdünken eines offensichtlichen Blenders wie Oliver Zybok kuratierten Welt,¹²⁶ die auf die NoNames mit Verachtung blickt?¹²⁷ Wir haben das »Goldene Kalb« doch direkt vor unseren Augen. Die Kirchen Lübecks werden für ca. 400.000 € im Geschmack der Oberschicht möbliert. Eine Schande! Ich rede nicht von der »Gegenwartsbefreiung« durch den alternden Meese und seiner örtlichen Kunst-Korona, die der wohlfeilen Herabsetzung unserer Verfassung Beifall klatschen, von der sie selbst am meisten profitieren.

Was tun? Nehmt euch endlich wieder der NoNames an: Der »Classe Populaire« unseres Landes!

Wird fortgesetzt....

124 vgl. zur Berechnung der verlorenen Steuereinnahmen: Auf 45 Mrd.€/Jahr, d.h. 1,5 Billionen € in 35 Jahren summieren sich die Steuerverluste nach Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-verlorene-milliarden-5238.htm>

125 MB, Nachdenken über die Europäische Stadt, https://michaelbouteiller.de/?page_id=352

126 <https://daremag.de/2023/08/zum-abschied-etwas-grosses/>

127 <https://michaelbouteiller.de/der-luebecker-hochstapler-felix-krull-ii/>

